1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 24 vom 15. Juni 1984 | 18. Jahrgang | 1 DM

NICARAGUA TRIUNFARA

Seit 4 Wochen im Streik — Reportage aus Baden-Württemberg
Seite 5

Zum Entwurf der Grünen für ein Niederlassungsrecht
Seite 10

Das Ausrufezeichen

Alle sind sie gegen ihn und seine Apartheid — natürlich, selbstverständlich, sowieso, genau. Der Kanzler und der Präsident, der Papst auch. Was will man mehr — der einzige, der ihn auch vor den Kameras anstrahlte, war sein alter Freund und Gesinnungsbruder Franz Josef Strauß. Und seltsam, seltsam: Trotzdem empfingen sie ihn alle, den Chef des südafrikanischen Rassistenregimes Botha. Bundesdeutsche Polizei räumte ihm die Treppen frei.

Empfangen haben sie ihn alle, der Papst in Privataudienz. Und damit haben sie, denn vor dieser Wahl standen sie alternativ, seine Forderung erfüllt, die der schwarzen Befreiungsbewegung abgelehnt. Botha und die Befreiungsbewegung hatten die Frage zu Recht so gestellt: Empfangen oder nicht, das ist die Frage.

Und selbstverständlichst hat der Papst denn nachher auch kundtun lassen, ganz wie Kohl, daß er aber auch schon absolut gegen Bothas Politik sei. Für Maßnahmen dagegen ist allerdings auch keiner: Die alte verlogene Ausrede, Wirtschaftssanktionen etwa würden ja nur die Armen treffen, (die schon ein Kanzler Schmidt bemüht hatte), obwohl nachgewiesenermaßen falsch, wurde erneut belebt. Für Botha war es, trotz aller Schau, ein Triumphzug, der mit der Audienz beim Papst gekrönt wurde. Woytila, der für die Unterdrückten dieser Welt stets nur Phrasen kennt, hat hinter die „Aufwertungsreise" das Ausrufezeichen gesetzt.

Papagei

Ein Papagei plappert alles nach. Ein Kanzler offensichtlich auch. Kaum hatten die Unternehmer-Unterhändler erklärt, man könne schon reden über eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit nur eben nur für ein paar Teile der Belegschaften, keinesfalls für alle, da ist auch schon für den Kanzler, der das alles vorher dumm und töricht fand, die Sache kein Tabu mehr. Daß er seine Regierungserklärung aus der BDI-Stellungnahme abschrieb, ist bekannt. Daß er selbst in den aktuellen „Alltagsfragen" diesen Ghostwriter benutzt, jetzt auch.

Dieses Unternehmerangebot —niemals!

Es bleibt dabei: Arbeitszeitverkürzung für alle!

Mit Proteststreiks und Kundgebungen demonstrierten am Mittwoch die Metaller in Hessen und Baden-Württemberg gegen die provokative Haltung der Unternehmer, die nach wie vor nicht nur jede generelle Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit ablehnen, sondern darüber hinaus auch noch dreist genug sind, einen tariflichen Amoklauf gegen bestehende gewerkschaftliche Positionen zu starten.

Die in der Öffentlichkeit lauthals als Zeichen ihrer angeblichen Kompromißbereitschaft angepriesene Arbeitszeitverkürzung für Schichtarbeiter soll nämlich einhergehen mit der Wiedereinführung von Wochenendarbeit, der Liquidierung der bestehenden Erholpausenregelung und empfindlichen Reallohnverlusten.

Wie „kompromißbereit" die Unternehmer wirklich sind, zeigt sich auch daran, daß in den letzten Tagen die kalten Aussperrungen rücksichtslos ausgeweitet wurden. Allein BMW sperrte 18000 Kolleginnen und Kollegen zusätzlich aus.

Angesichts dieser demonstrativen Unnachgiebigkeit der Unternehmer ist die Verhandlungsführung der IG Metall, die am Donnerstag udn Freitag letzter Woche zu sich überschlagenden Kompromißangeboten führte, in den Betrieben auf erhebliche Kritik gestoßen. Vielleicht hat auch das dazu beigetragen, daß die große Tarifkommission von Nordwürttemberg/Nordbaden zumindest klargestellt hat, daß an der Forderung nach einer generellen Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit festgehalten wird.

Klargestellt werden muß aber auch, daß dieses Ziel ohne entscheidende Ausweitung des Kampfes nicht erreicht werden kann. Zuviel Streik zum Sterben, zu wenig Streik zum Leben — so kann es nicht weitergehen. Der Streik muß ausgeweitet werden — das war in den letzten Tagen auch die unhörbar wachsende Grundstimmung zahlreicher Streik-, Belegschafts- und Funktionärsversammlungen.



Volksbefragung am 17. Juni Stimmt mit „Ja"

VOLKSBEFRAGUNGEN AM 17. JUNI 1984

Ich lehne die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles ab.

Ich fordere die Bundesregierung auf, den sofortigen Stop der Stationierung und den Abbau der bereits in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Mittelstreckenraketen durchzusetzen.

Damit sollen ein Stop (Einfrieren) der atomaren Rüstung sowie Abrüstungsschritte in Ost und West - insbesondere der Abbau aller in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Mittel- und Kurzstreckenraketen - eingeleitet werden.


JA

NEIN

Mit der Öffnung der Wahllokale für die Europa-Wahl am Sonntag um 8.00 Uhr startet die Aktion „Volksbefragung 17. Juni". Anfang Juni war nach Angaben des Koordinationsausschusses der Friedensbewegung die Durchführung der Volksbefragung vor 15000 Wahllokalen organisiert. Das sind 25 Prozent aller Wahllokale!

Allerdings waren zu diesem Zeitpunkt 5000 der beantragten Stände noch nicht genehmigt — die meisten davon in NRW! Eine Nachricht, die am gleichen Tag im Radio zu hören war, an dem Katharina Focke, Spitzenkandidatin der SPD für das Europa-Parlament zur Unterstützung der Volksbefragung aufrief! Aber dieser Widerspruch zwischen Wort und Tat war denn wohl zu kraß. Inzwischen hat sich, was NRW betrifft, die Situation etwas verbessert. Laut Anweisung von Innenminister Schnoor sind jetzt die Stände der Friedensbewegung zu genehmigen. Eine Ausnahme will der Innenminister allerdings auf Vorplätzen öffentlicher Gebäude gemacht haben. Dort, z.B. vor Schulen soll es keine Stände geben. Die Friedensbewegung geht dagegen juristisch vor.

Wir fordern alle Leserinnen und Leser des „Roten Morgen" auf: unterstützt die Volksbefragung! Nehmt an der Abstimmung teil und tragt euch in die Unterschriftenlisten ein!

Gipfeltreffen in Ost und West

Hohle Erklärungen und Streit hinter den Kulissen

Soviel sie auch unterscheiden mag, diese beiden Gipfel, die durch Zufall so eng beieinanderliegen, dies eben haben sie gemeinsam: Sowohl das Gipfeltreffen West der sieben größten westlich-kapitalistischen Industriestaaten als auch das Gipfeltreffen der revisionistischen RGW-Staaten produzieren nach außen Erklärungen, deren Wert hohl ist, während es hinter den Kulissen zum Streit kommt.

Der Westgipfel, Pfingsten in London, brachte neben der schon üblichen Medienshow nur eine Erklärung, in der alle Widersprüche untereinander ausgeklammert werden. Nur zwei echte Sachaussagen: Man werde weiterhin die bisherige konservative Variante kapitalistischer Krisenpolitik betreiben. Und: Man fordere die Entwicklungsländer auf, ihre Tore den ausländischen Investitionen (sprich: denen der teilnehmenden Staaten) zu öffnen, dann könnten sie ihre Wirtschaftskrise beheben. Unterstützung also für die ohnehin schon gemeinsam betriebene Politik des Internationalen Währungsfonds von der politischen Ebene.

Reagan und Thatcher gaben sich danach siegesbewußt, die Vertreter der Bundesregierung (die seit ihrer Regierungsübernahme Schmidts These von der Hochzinspolitik der USA, die an der westeuropäischen Krise wesentlichen Anteil habe, stillschweigend übernommen haben, nachdem sie sie einst vehement bekämpft hatten) enttäuscht (Kohl) bis zornig (der Spenden-Graf).

Ähnlich auch beim danach beginnenden RGW-Gipfel die Lage. Das letzte Mal, 1970 vereinbarte man auf einem RGW-Gipfel ein umfassendes Integrationsprogramm auf sowjetisches Drängen hin, das faktisch in der ursprünglichen Form gescheitert ist. Die Vielzahl der Wirtschaftsreformen und Reformversuche machen Widersprüche deutlicher. Nicht nur beim inzwischen fast auf US-Dollar-Niveau zu kaufenden sowjetischen Öl, wo es ja schon, ganz untypisch für den RGW, offenen Protest dagegen gab, sondern auch in den diversen Programmen, mit denen die Wachstumsrückschläge rückgängig gemacht werden sollen. Auch hier werden, das läßt sich auch schon vor Ende sagen, die wahren Widersprüche in den offiziellen Texten ebensowenig auftauchen wie in London.

Europawahl am 17. Juni

Raus aus der EG!

Über Schwierigkeiten, die Wähler für die Europawahl am kommenden Sonntag zu mobilisieren, berichten landauf, landab die Kandidaten. Ein Problem für sie, das schon aus den Zeiten der ersten Wahl zum Europaparlament im Jahre 1979 bekannt war — trotzdem gab es damals in der BRD noch eine verhältnismäßig hohe Wahlbeteiligung im Vergleich zu allen anderen Mitgliedsstaaten. Jetzt, nach fünf Jahren „Arbeit" dieses Parlaments sind diese Schwierigkeiten noch größer geworden.

Dies ist ohne Zweifel ein Ergebnis der Entwicklung der letzten Jahre, die durch wachsende Widersprüche innerhalb der EG gekennzeichnet waren, was sich in immer deutlicher sichtbaren Streitereien ausdrückte. Zusammen mit der langjährigen Bonner Propaganda, die BRD sei es, die für die EG am meisten bezahlen müsse, hat sich dieser Effekt für die Herrschenden sicher unerwünscht bemerkbar gemacht.

Denn es sind sie und ausschließlich sie, die Kapitalisten und ihre Interessenvertreter, die an dieser EG ein Interesse haben können. Für die deutschen Kapitalisten ist diese EG in zweierlei Hinsicht eine profitable Einrichtung: Steuergelder, die aus der BRD in die EG-Kasse fließen, holen sie sich auf verschiedenste Weise an Land, nutzen so die EG als weitere BRD-interne Umverteilungsstelle zu ihren Gunsten. Und, entgegen aller Propaganda, profitieren sie auch bei der Konkurrenz mit den anderen Kapitalisten von der EG — so zum Beispiel, wenn sie als eines von zehn Mitgliedsländern sich rund ein Drittel der gesamten Quote der Stahlerzeugung unter den Nagel reißen.

Außerdem tritt, vor allem in der Parole „Aufwärts mit Deutschland" der CDU, aber auch im SPD-Slogan „Macht Europa stark" das Bestreben zutage, über die EG westdeutschen Einfluß auszubauen, imperialistische und revanchistische Ziele über diesen Weg zu verfolgen.

Vorteile hat die EG-Mitgliedschaft — aber nur für die Kapitalisten. Im Interesse der arbeitenden Menschen der BRD kann es nur heißen: Raus aus der EG!

Boehringer-Schließung in Hamburg?

Wie eine kapitalistische Giftküche betrieben wird

„Abwägung" zwischen Tod und Profit?

Daß Dioxin die giftigste Substanz ist, die bisher hergestellt wurde, ist seit den tragischen Ereignissen von 1976 in Seveso auch der Öffentlichkeit, zumindest in wachsendem Maße, bekannt. Den produzierenden Chemiekonzernen war diese Tatsache schon längst bekannt, das zeigt spätestens die jüngste Bereitschaft amerikanischer Konzerne, Entschädigungen an „Vietnam-Veteranen" zu bezahlen.

Daß Hamburg offensichtlich eine Stadt ist, die in ganz besonderem Ausmaß — unberufen, muß man heute sagen — unter den Giftabfällen und Neben- wie Zersetzungsprodukten zu leiden hat, war bereits im Zusammenhang mit dem „Skandal" von 1979 mit der Firma Stolzenberg deutlich geworden, als auch Boehringer, das erste Mal nach langer Zeit, wieder in die Schlagzeilen rückte. Die Bildung eines eigenen parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Mülldeponie Georgswerder war bis vor kurzem der Höhepunkt im Prozeß der Aufdeckung der Vergiftung Hamburgs. Die jüngste Entwicklung hat dies alles noch in den Schatten gestellt.

Zwei Dinge sind es zunächst einmal, die in der ungeheuren Vielfalt von Zahlen, Fakten und Zwischenergebnissen besonders auffallen. Zum einen der ständige Streit um die „Beweisbarkeit" von Annahmen über den Zusammenhang zwischen Umweltvergiftung und menschlichen Krankheiten, im aktuellen Fall auch Mißbildungen.

Hierzu war vor allem die „Monitor"-Sendung der ARD in der vorletzten Woche Anlaß, in der ein Zusammenhang zwischen der besonders hohen Umweltvergiftung und einer Serie von Kindesmißbildungen behauptet worden war. Wie auch in anderen Fällen, sowohl der Umweltverschmutzung als auch der Arbeit mit Schadstoffen oder Strahlen setzte eine breite Abwehrkampagne ein. Dabei tauchten, wie stets, Worte wie „Panikmache", „Übertreibung" und „unbeweisbar" an zentraler Stelle dieser Kampagne auf.

Diese Liste ist lang: Schäden durch Arbeit an Bildschirmgeräten sind „unbeweisbar" (sagen die Kapitalisten — oder lassen es sagen). Schäden durch Arbeit mit Asbest sind (nachdem die Tatsachen alte Ausreden erdrückt haben) „übertrieben dargestellt". Pseudokrupp (siehe auch Seite 3) ist „unbewiesen" oder zumindest liegt „Beweisnot" vor. Und dasselbe war jetzt auch bei dem Bericht über Kindesmißbildungen in Hamburg der Fall.

Daß die Kapitalisten überhaupt mit diesem Argument ihre Giftkocherei weiter betreiben können, hat auch objektive Ursachen: Die Art, wie solche Gifte wirken, zum Teil erst über Vererbung, zum Teil in viele Jahre später ausbrechenden Krankheiten, die komplizierte in vielen chemischen Schritten vor sich gehende Wirkungsweise.

Daß sie es so wirksam tun können, früher sehr viele Menschen irritieren konnten, hat mit subjektiven Ursachen zu tun: Daß sie große Teile der Presse für sich einspannen können (dabei sollte man sich auch einmal daran erinnern, daß es noch gar nicht so lange her ist, daß in der Bonner Propaganda derjenige, der eine Tüte wegwarf, mit diesen Giftküchen auf eine Stufe gestellt wurde; erst unter dem Druck der Ereignisse mußte man diese absichtlich verzerrende Darstellung aufgeben) und vor allem, daß sie eben den Gang der Politik in der Hand haben.

Und dies ist denn auch die zweite Besonderheit, die an diesen jüngsten Hamburger Ereignissen auffällt: Die Haltung des Senats und der Bürgerschaft.

Besonders nicht etwa deshalb, weil die bürgerlichen Politiker die dunklen Geschäfte der Kapitalisten auch dann decken, wenn sie einmal gegen die eigenen bürgerlichen Gesetze verstoßen — das gibt es nun wahrlich laufend und gerade in diesem Bereich gibt es auch einige Gesetze, die unter dem Druck der Öffentlichkeit zustande kamen oder um diesen Druck zu unterlaufen.

Das Besondere dabei liegt vor allem in der Offenheit, mit der diese Haltung vertreten wird. Man habe schon vor fünf Jahren Überlegungen im Senat gehabt, Boehringer in Hamburg zur Produktionseinstellung zu zwingen, sei aber davon abgerückt, weil man hohe Forderungen nach Schadensersatz gefürchtet habe. So sagte es Exbürgermeister Klose vor dem Georgswerder Untersuchungsausschuß.

Andere sagen es anders! Senator Curilla beispielsweise spricht sehr offen davon, man habe eben „abwägen" müssen. **Was abwägen, das wurde denn auch in verschiedenen Zeitungsberichten festgestellt, habe er nicht gesagt. Aber es ist von der Sache her ja eindeutig. Die Abwägung kann ja nur gelautet haben: die Gefährdung der Beölkerung auf der einen Seite gegen die Interessen Boehringers auf der anderen Seite. Zu wessen Gunsten die Entscheidung ausfiel, liegt auf der Hand.**

Und auch jetzt noch, nachdem der Senat Boehringer zur Einleitung von Schutzmaßnahmen eine Frist zum 18. Juni gestellt hat und ein sofortiges Transportverbot von Giftmüll nach Kassel (Herfa-Neurode) erlassen hat, wird nach der Taktik verfahren „zugeben, was nicht abzuleugnen ist, alles andere weiter bestreiten". So war es derselbe Senator Curilla, der lautstark gegen die Monitor-Sendung Stellung nahm und betonte, es gebe keine Beweise für den Zusammenhang von Giftmüll und Umweltvergiftung mit Kindesmißbildungen.

Im Zuge der bisherigen Georgswerder Untersuchungen waren überdies bereits einige Tatsachen bekannt geworden, die zeigen, wie weit die politische Einflußnahme Boehringers geht. Das reicht von einer 2-Millionen-Mark-Spende an die CDU (Grund genug für deren stetige heftige Ablehnung jeden Auflagen Boehringer gegenüber) bis hin zur „erstaunlichen" Tatsache, daß Hamburger Behörden die Belastung ihrer Umwelt nicht zuletzt von Chemikern der Firma Boehringer untersuchen ließen. Das sind mit Sicherheit Fakten, die auch in die neue Runde des Hamburger Umweltskandals mit eingehen werden.

Eine „neue Runde", die alles bisher dagewesene in den Schatten stellen wird. Denn es geht ja um solche Mengen von hochgradigen Giften, vor allem eben Dioxin, daß die berüchtigten 2 bis 3 Kilo in Seveso als Menge in den Hintergrund gedrückt werden. Kiloweise ein Gift, das schon bei Bruchteilen eines Milligramms zumindest gesundheitsschädigend wirkt, das ist die quantitative Seite der Sache, die eigene Qualität annimmt, nämlich die der bisher mit Abstand größten Giftablagerung der BRD.

Was bleibt dazu zu sagen? Natürlich wird es weitergehen — jene, die als Panikmacher verschrien wurden, werden dafür sorgen, das Wirken der GAL-Fraktion in der Bürgerschaft hat hier einiges bewirkt, erst recht die Mobilisierung breiter Teile der Bevölkerung.

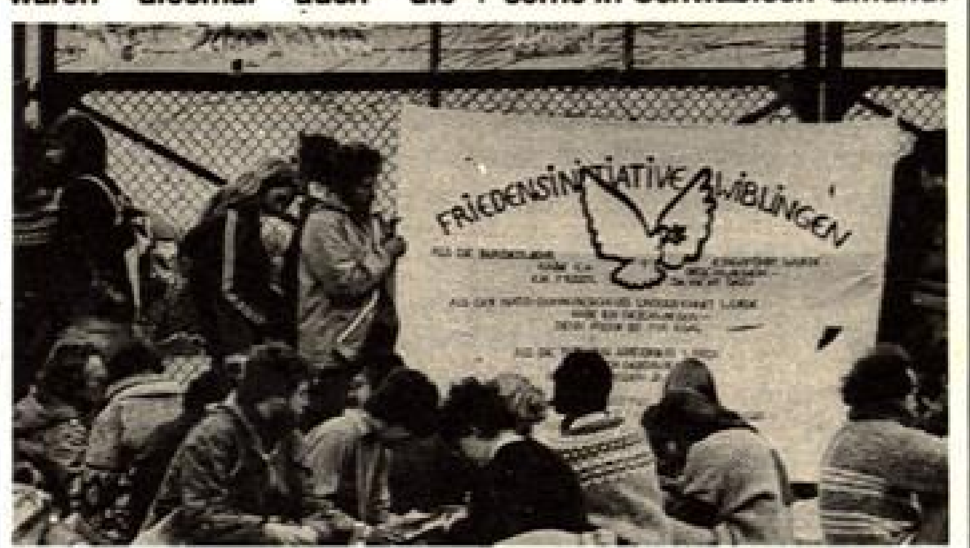
Für die konkrete Auseinandersetzung um Giftstoffe, Schadstoffe und ihre Auswirkungen wird es darum gehen, eine andere grundsätzliche Herangehensweise durchzusetzen. Dies sowohl, indem die Behördenarbeit besser kontrolliert wird, Betroffenen Rechte eingeräumt werden, als auch, indem Veränderungen in der Rechtssprechung eingeführt werden. So, daß ein Vorgehen nicht erst nach dem endgültigen Beweis eines direkten Zusammenhangs möglich wird, sondern schon aufgrund von statistisch nachweisbaren Zusammenhängen, ganz ähnlich wie es nach mehreren schlimmen Ereignissen in Japan durchgekämpft wurde — eine Forderung, die auch hierzulande schon länger von verschiedenen Gruppierungen aus der Umweltschutzbewegung erhoben wird.

Und schließlich wird es im konkreten Fall vor allen Dingen darum gehen, neben den Chemiekapitalisten, die über Jahre hinweg vergiftet, gelogen und betrogen haben, gezielt die Öffentlichkeit desinformiert haben, auch ihre Helfer in Senat und Bürgerschaft, bei SPD und CDU, zur Verantwortung für diese von ihnen mitgetragene Entwicklung zu ziehen.

95 Demonstranten festgenommen

Friedenstage Pfingsten 1984

Ein Riesenaufgebot der Polizei bezog über Pfingsten wieder einmal in Mutlangen Stellung. Anlaß: die Blockaden, die im Rahmen der Friedenstage Pfingsten 1984 vor dem US-Depot in Mutlangen stattfanden. Unter den Blockierern waren diesmal auch die Schauspieler Barbara Rütting und Dietmar Schönherr. Sie wurden zusammen mit 93 anderen Demonstranten vorübergehend festgenommen. Blockiert wurde über Pfingsten auch die Bismarck-Kaserne in Schwäbisch-Gmünd.



In Mutlangen sind die ersten Pershing II inzwischen einsatzbereit. Die Dauerblockade in Mutlangen hat das nicht verhindern können. Aber das hat auch wohl keiner der Blockierer ernsthaft erwartet. Wenn sie trotzdem — oft monatelang — die Strapazen der Blockade auf sich genommen haben, dann deshalb, um ein Zeichen zu setzen dafür, daß der Protest weitergeht. In diesem Sinne wurde auch auf der Kundgebung in Mutlangen aufgerufen, den Kampf fortzusetzen — gegen die Stationierung der Raketen, gegen die wachsende Kriegsgefahr überhaupt.

Alle Jahre um den 17. Juni ist die hohe Zeit des Revanchismus. Die Massenaufmärsche der sogenannten Vertriebenenverbände an Pfingsten und am 17. Juni selbst bilden den Rahmen, der dieses Jahr, durch das enge Zusammenfallen, besonders deutlich wird.

Alle Jahre wieder wird der 17. Juni zum Tag erklärt, an dem die Arbeiter der DDR ihren Willen erklärt und gezeigt hätten, für eine kapitalistische Wiedervereinigung einzutreten.

Wer die Ereignisse am 17. Juni 1953 in der DDR genau betrachtet, der wird leicht erkennen können, daß es so nicht stimmt. Er wird aber genauso feststellen, daß die Thesen der SED, es habe sich ausschließlich um einen Tag X gehandelt, der von westlichen Geheimdiensten vorbereitet und organisiert worden sei, so ebenfalls nicht stimmt.

Tatsache ist, daß westliche Geheimagenten eine entscheidende Rolle dabei spielten, die vorhandene Unzufriedenheit breiter Teile der Arbeiterklasse gegen die Berliner Regierung zu mobilisieren, daß sie dafür Pläne hatten und intrigierten.

Alle Jahre wieder. . .

Tatsache ist aber auch, daß es eben diese Unzufriedenheit gab, die nicht plötzlich kam und auch nicht vor allem von außen geschürt worden war. Die Rolle der Westagenten zeigt sich am plötzlichen und gut organisierten Auftreten am 17. Juni selbst, die Unzufriedenheit der Arbeiter zeigte sich durch zahlreiche betriebliche Auseinandersetzungen bereits seit Herbst 1952 in allen großen Städten der DDR.

Entscheidend dabei bleibt, daß die westdeutsche Reaktion diesen Tag als zentral für ihre Bestrebungen der „Wiedergewinnung der Ostgebiete" betrachtet und benutzt, als einen Kampftag der Reaktion begeht. Im letzten und in diesem Jahr wurde dies um so deutlicher, als der 17. Juni und die Aufmärsche der „Vertriebenen" offiziell von der Bonner Rechtsregierung stark aufgewertet wurden.

Zusammen mit vielen anderen ist unsere Partei seit langem immer wieder für die Forderungen nach der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR und der Anerkennung aller Grenzen in Europa eingetreten.

Die bisherigen Ereignisse bei den Pfingsttreffen dieses Jahres haben die Notwendigkeit dieser Forderungen erneut verdeutlicht.

Wenn ein Strauß sich in aller Öffentlichkeit hinstellt und gegenüber den Sudentendeutschen unterstreicht, daß für ihn und Seinesgleichen das „Deutsche Reich" in den Grenzen von 1937 nach wie vor besteht; wenn zur selben Zeit Windelen an die polnische Regierung die Forderung stellt, für „die Deutschen" in Polen den Status einer Volksgruppe einzuführen, dann ist das, nicht für sich genommen, sondern in der Zusammenballung und Konzentration ein weiterer Schritt der Verschärfung der Gangart. Zimmermann war es dann, der sich nicht entblödete zu behaupten, bei den sogenannten Vertriebenen handele es sich um die „erste Friedensbewegung". Was aus der Sicht der westdeutschen Reaktion natürlich eine gewisse Logik für sich hat: Denn wenn man davon ausgeht, daß Frieden — bestenfalls — nach der Wiederbildung des „Deutschen Reiches" möglich sei, so sind natürlich diejenigen, deren Geschrei am ersten eine Massenbasis für kriegerische Handlungen abgibt, auch die, die am schnellsten den Frieden wollen. Nach ihrem Sieg eben.

Das Bild abgerundet hat schließlich der Auftritt des Bundespräsidenten Carstens an Pfingsten, demonstrativ als Akt der Unterstützung gedacht und auch so angekommen. Wie schon im letzten Jahr wurde auch dieses Mal ein seit langem nicht mehr so dagewesener Medienrummel um diese Pfingsttreffen organisiert.

Was diese Tage deutlich gemacht haben, ist doch der Sachverhalt, daß diese Regierung in Bonn das „Anliegen" des Revanchismus zum offiziellen Bestandteil ihrer Politik gemacht hat. Dadurch haben natürlich auch diese Treffen einen erneuten Aufschwung genommen. Daß dabei ausgerechnet die bayerische Landesregierung ihre Schirmherrschaft gegenüber den Sudetendeutschen, die ohne Zweifel eine der aggressivsten Gruppierungen in diesem Lager sind, demonstrativ unterstrich, mag höchstens jemand überraschen, der gemeint hatte, Straußens Milliardengeschäfte mit der DDR seien mehr als Kalkül und Geschäft für die Banken.

Der Kampf gegen die revanchistischen Bestrebungen des westdeutschen Imperialismus, der in diesen Treffen dafür seine wichtigste Massenbasis findet, bleibt ein entscheidender politischer Bestandteil des Kampfes für die Erhaltung des Friedens.

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

1. Bundesweites Treffen der Initiativen gegen Pseudokrupp

Ein Tribunal widerlegt die Behauptung, es gebe keine Beweise

Das Thema „Umweltschutz und Gesundheitsvorsorge“ hat anläßlich der Europa-Parlaments-Wahlen neben den Grünen, deren Anliegen es ja ist, auch die traditionellen Bonner Parteien mobil gemacht. Während für die SPD die ehemalige Gesundheitsministerin Katharina Focke auf zahlreichen Plakaten prangt und weitere Plakate versprechen, daß der Wald nicht stirbt, wenn man der SPD seine Stimme schenkt, will die FDP, die mit ihrem Herrn Genscher nicht so recht Staat machen kann, dem Wähler mit Kinderschrift klarmachen, daß seine Stimme für diese Partei dazu beitragen kann, daß künftig in deutschen Gewässern wieder Kinder und Enten schwimmen können. Auch Kohl präsentiert sich auf Plakaten im Kreise von Kindern, und Familienminister Geißler hat zum 19. Juni (zwei Tage nach der Wahl, wohlweislich dazu für eine Uhrzeit — 14 Uhr —, wo er damit kalkulieren kann, daß sehr wenige seiner Einladung werden folgen können) eine Reihe von Pseudokrupp-Elterninitiativen nach Bonn geladen. Das Thema ist also zur Zeit „in“ bei Bonner Politikern. Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus?

Reinluftgebiete in der BRD sind eine Rarität geworden

Am 2. Juni trafen sich in der Volkshochschule Essen Vertreter von rund 55 Elterninitiativen gegen Pseudokrupp und Luftverschmutzung aus dem gesamten Bundesgebiet und aus Westberlin. Anwesend waren etwa 250 Personen. Die große Mehrheit der Initiativen hat sich in den stark belasteten Industrieregionen des Ruhrgebiets und des Rhein-Main-Neckar-Gebiets gebildet. Gekommen waren aber auch Vertreter von Gruppen aus sogenannten Reinluftgebieten wie Bad Salzuflen, Weinheim oder Freiburg im Breisgau.

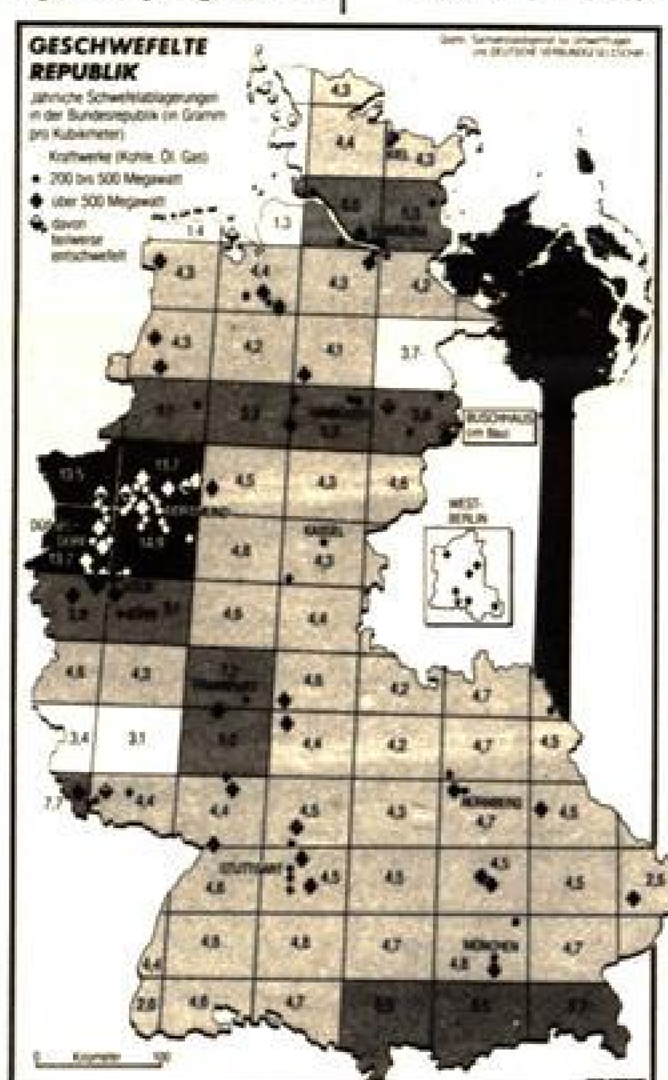
Letzteres könnte zu dem Kurzschluß verleiten, als wären die von der Industrie und den Kraftwerken (um die Hauptverursacher der Luftverunreinigung zu nennen) in die Luft geblasenen Schadstoffe geradezu harmlos im Vergleich zu persönlichen Allergien oder Ansteckung durch Viren und als könnte die Luftverschmutzung kaum verantwortlich gemacht werden für die in letzter Zeit star zunehmende Verbreitung solcher Kinderkrankheiten wie Pseudokrupp (Anfälle von bellendem Husten bei kleinen Kindern, die wegen Verstopfung der Luftröhre durch verstärkte Schleimbildung am entzündeten Kehlkopf bis zum Erstickungstod gehen können) oder spastischer Bronchitis (krampfartige Atemnot wegen Verstopfung der Bronchienausgänge durch verstärkte Schleimbildung an den entzündeten Bronchien, wobei die Ausatmung erschwert wird und sich die Lunge bläht). Das Argument, daß der Pseudokrupp in Reinluftgebieten ebenso häufig wie in Belastungsgebieten anzutreffen sei, wird gern von Politikern angeführt, die sich dem Großkapital besonders stark verpflichtet wissen und ihre eigene Untätigkeit in Fragen der Umweltreinhaltung bemänteln wollen. Dem ist entgegenzuhalten, daß die Politik der hohen Schornsteine, die angeblich dazu bestimmt war, die Atemluft der Industriegebiete zu reinigen, sich mehr und mehr als ein Bumerang erweist: Erspart bleiben sollte den Kraftwerksbetreibern und Industrieunternehmen der Einbau kostspieliger Filteranlagen zur Reinigung der Abluft von Schadstoffen. Stattdessen setzte man auf eine Umverteilung der verschmutzten Luft. Infolgedessen gibt es heute in der Bundesrepublik nur noch ganz wenige Gebiete (wie z.B. die Insel Sylt), die noch den Namen Reinluftgebiet für sich beanspruchen können. (Nicht umsonst wird gerade Sylt so gern vom bundesdeutschen Geldadel heimgesucht, der sich selbst ja sehr wohl vor den Folgen seiner Sparsamkeit zu Lasten der Volksgesundheit zu schützen weiß.)

Spastische Bronchitis und Luftverschmutzung

Auf der Suche nach einer medizinischen Beschreibung der spastischen Bronchitis, die in Belastungsgebieten bei Kindern in hohem Maße auftritt, boten weder das Klinische Standard-Lexikon Pschyrembel noch das Wörterbuch der Medizin von Zetkin/Schaldach eine Auskunft. Fündig wurde ich dagegen beim Krankheitenbuch von Paul Lüth (rororo-Sachbuch 7434, erschienen 1981), worin „spastische Bronchitis“ unter dem Oberbegriff „chronische Bronchitis“ (wiederholtes Auftreten einer kurzfristigen Bronchitis kann schließlich in eine chronisches — dauerhaftes — Leiden einmünden) aufgeführt wird, wodurch den Eltern der betroffenen Kinder ein Hinweis auf die Zukunft gegeben ist. Paul Lüth trägt Untersuchungsergebnisse der Weltgesundheitsorganisation (WHO) vor, denen zufolge 1969 in der BRD 26697 Personen (davon 18687 Männer und 8010 Frauen) an Bronchitis, Asthma und/oder Emphysem (= Lungenblähung) gestorben sind. In der ärztlichen Praxis habe jeder sechste Nichtraucher und nahezu jeder zweiter Raucher eine chronische Bronchitis. Den Einfluß der Luftverschmutzung auf die Verbreitung dieser Krankheit beschreibt der Verfasser am Beispiel Englands:

„In England, wo die Erkrankung sehr viel häufiger ist als bei uns, soll sie 10 Prozent aller Todesursachen abgeben. (...) 27 bis 30 Millionen Werktage gehen derzeit durch diese Krankheit verloren, dabei gibt es beträchtliche regionale Unterschiede. Im Nordwesten, in Yorkshire und im Norden ist jeder 18. bis 20. Fall von Arbeitsunfähigkeit hierauf zurückzuführen. In Mittelengland ist die Zahl geringer. Im Südwesten, Osten und Süden trifft jede 38. Krankschreibung diesen Sachverhalt. Bekanntlich sind im Norden und Nordwesten, in Yorkshire und Süd-Wales die großen Industrie- und Bergbauzentren mit den Großstädten Liverpool, Manchester und Leeds, (...) die dichtestbesiedelten Zentren der englischen Schwerindustrie. Die Arbeiter in dieser Industrie sind am schwersten betroffen. Wegen chronischer Bronchitis haben Gießerei- und Bauarbeiter sowie Bergleute die Größte Zahl an Arbeitsunfällen. Jedoch sind die Büroangestellten davon keineswegs verschont, das gilt besonders für die kleineren Angestellten. Ihre Büros befinden sich in den gleichen Betrieben und in den gleichen Gegenden mit starker Luftverschmutzung, in denen auch die Arbeiter tätig sind. Das Gehalt der beider — der Arbeiter wie der kleinen Büroangestellten — ist nicht hoch, sie liegen in der unteren Einkommensklasse (...). Die Erkrankungshäufigkeit in England läßt also zwei Abhängigkeiten erkennen: einmal die von der Luftverschmutzung einschließlich der Arbeit in luftverschmutzenden Betrieben, dann aber eine weitere, nämlich die vom Einkommen, von der sozialen Lage. Diejenigen, die einer besseren Einkommensschicht angehören, leben meist nicht unmittelbar im Verschmutzungsgebiet, sondern (...) in Villenvororten oder Orten außerhalb der Stadt, und wenn sie erkranken, können sie bessere Möglichkeiten der Behandlung nutzen. Nach empirischen Untersuchungen englischer Wissenschaftler dürfte der wesentliche Faktor das Wohnverhältnis sein. Das geht daraus hervor, daß die Bronchitis nicht so exponierten Ehefrauen fast ebenso oft erkranken. Wohnverhältnisse meint nicht nur billigere Wohnungen, keine Doppelfenster, enger, gedrängter, sondern auch die Lage in den eigentlichen Gefährdungsgebieten, also in den luftverschmutzten Großstädten.“ (S. 235 f)

Diese etwas längeren Ausführungen machen deutlich, was davon zu halten ist, wenn bei uns verantwortliche Politiker (und auch Ärzte) in der Regel persönliche Schwächen der Erkrankten als Ursache der Erkrankung darstellen und allenfalls bereit sind, auch dem Rauchen eine Rolle zuzuschreiben, jedoch die Luftverschmutzung gern außen vor lassen möchten.



Erdrückendes Beweismaterial

Die in Essen gehaltenen Vorträge zur Lage stellten gleichsam ein Tribunal dar. Es wurden erdrückende Beweise für den tatsächlichen Ursachenzusammenhang zusammengetragen. Die Sprecherin der Essener Elterninitiative, Christa Kunkel, wies in ihrem Erfahrungsbericht auf den Umstand hin, daß die Essener Initiative das Glück hatte, in Dr. Berthold Mersmann einen Kinderarzt zu haben, der von sich aus tätig geworden war, nachdem ihm in seiner Praxis eine merkwürdige Häufung von akuten Anfällen von Pseudokrupp und spastischer Bronchitis zu bestimmten Zeitpunkten (in der Regel an einem Freitagabend) aufgefallen waren.

Dieser Arzt war, nachdem er das Gesundheitsamt darauf aufmerksam gemacht hatte und nachdrücklich darauf hinwies, daß hier etwas zu geschehen habe (angesprochen waren hierbei in erster Linie Luftverunreinigungen durch die Aluminiumhütte), einer erheblichen Diffamierungskampagne ausgesetzt. Als man versuchte, ihn in der Öffentlichkeit lächerlich zu machen und als Spinner zu brandmarken, drehten Eltern der von ihm behandelten Kinder den Spieß um. Es dauerte jedoch noch etwa eineinhalb Jahre (von Oktober 1982 bis Januar 1984), ehe die Bürgerinitiative in der Öffentlichkeit größere Einbrüche erzielen konnte („Spiegel“-Artikel, Report-Sendung und Anhörung in Bonn waren einige Stationen, die zu einer Flut von Zuschriften und Telefonanrufen aus dem ganzen Bundesgebiet und aus Westberlin geführt haben).

Der Gesundheitsminister von NRW, Prof. Farthmann, hatte bis Mitte Mai mit Entschiedenheit die Position der Essener SPD-Politiker vertreten, die die Kampagnen gegen den Pseudokrupp als Panikmache abtaten. Selbst bei dem Treffen am 17. Mai in Düsseldorf, zu dem er die NRW-Initiativen geladen hatte, trat er noch ziemlich ruppig gegen betroffene auf. Als eine schwangere Frau, deren erstes Kind vor einem halben Jahr an Pseudokrupp starb, fragte: „Warum genehmigen Sie in Duisburg ein neues Kraftwerk, dessen Emissionen nicht mal der TA Luft (= Technische Anleitung zur Luftreinhaltung) entsprechen?“ flippte der Minister aus: „Wenn Ihnen das nicht paßt, können Sie ja gehen!“ Er drohte: „Ich kann die ganze Sache hier abblasen.“ (Zitate nach: Stadtrevue, Kölns Stadtillustrierte, Nr. 6, Juni 1984, „Editorial“) Wenn er nunmehr, nach den Untersuchungsergebnissen von Dr. Harald Haupt, seinen Standpunkt geändert hat, so bleibt die Essener Initiative angesichts ihrer bisherigen Erfahrungen jedenfalls mißtrauisch. Da Dr. Haupt persönlich in Essen nicht erscheinen konnte, trug Dr. Mersmann die wesentlichen Untersuchungsergebnisse auch des Duisburger Kinderarztes vor. Ihm selbst war bei einer Auswertung von Zahlen bereits im Oktober 1980 ein Auftreten von Pseudokrupp-Anfällen und spastischer Bronchitis (= das er erläuternd als kindliches Asthma bezeichnete) immer freitags in der Zeit zwischen 21.00 und 23.00 Uhr aufgefallen, wobei in zahlreichen Fällen die normalerweise bei Virusinfektionen zu erwartenden Rachenentzündungen nicht auftraten.

„Die meisten dieser Kinder wohnten in einer Berghanglage, die an eine in der Talmulde liegende Industrieregion angrenzt. Sie hatten keine periodischen Kontakte miteinander, wie z.B. durch gemeinsam besuchte Kindergärten oder Spielgruppen. Die periodischen Häufungen ließen sich durch die klassische Infekttheorie allein nicht erklären. Die Annahme, ein schädigendes Agens (= Erreger) habe die Kinder via Luft erreicht, wurde durch die Auskunft verstärkt, daß Schadstoffe in dieser hochbelasteten Region nur montags bis freitags zwischen 9.00 und 16.00 gemessen würden. Ab sofort wurden alle ohne klinische Infektionszeichen einhergehenden Krupp-Fälle gesondert registriert, später auch die übrigen infektbedingten Anfälle nebst obstruktiven (= verstopfenden) Bronchitisfällen.“ Während die Pseudokrupp-Fälle wegen ihres plötzlichen Auftretens bis auf die Stunde genau zu registrieren sind, ist dies bei der obstruktiven Bronchitis schwieriger, weil sie schleichend beginnt und über Wochen anhalten kann. Dr. Mersmann wies auf eine Studie der Frankfurter Ärzte Bender und Jacklin aus dem Jahre 1972 hin, die bereits damals auf die Zusammenhänge zwischen Luftverunreinigung und Pseudokrupp aufmerksam gemacht hatten; die Vorgehensweise der Frankfurter Ärzte wurde von ihm als Anregung verwertet.

In seiner Untersuchungsregion hatte die Landesanstalt für Immissionsschutz (LIS) 1981 eine etwa 10qkm große Fläche mit Schwefeldioxid-Überlastung mit erheblichen Überschreitungen der TA-Luft-Kurzzeitwerte ausgemacht. Außerdem kam es zu Überschreitungen der Grenzwerte für Asbest, Beli, Fluor, Cadmium und Staub. Er kritisiert, daß die Daten der automatischen Meßstationen für eine wissenschaftliche Auswertung bisher nicht zur Verfügung stehen. Eine LIS-Studie über Fluor jedoch ergab, daß von der Aluminiumhütte jährlich 100 t Fluor, zugleich damit 2400 t Schwefeldioxid und 2800 t Staub mit den dazugehörigen polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAH) ausgestoßen wurden und daß die höchsten Werte freitags zu verzeichnen waren. Die höchsten Monatsbelastungen ergaben sich für Dezember, was er einerseits darauf zurückführt, daß dann Inversionswetterlagen die Schadstoffe unten halten, andererseits von der Fabrik dieser Monat besonders genutzt wird, weil an den Bäumen keine Blätter sind, deren Abfallen auf unzulässigen Schadstoffausstoß hinweisen könnte. (Es geht hier natürlich um Laubwald, denn Nadelbäume können sich in einer solchen Gegend sowieso nicht halten.)

Dr. Haupt hat in seinen „Untersuchungen zum Pseudokrupp in Duisburg“ (von Harald Haupt und Peter Mühling; in: Staub — Reinhaltung Luft 44 (1984) Nr. 3, S. 109 f) im Zeitraum 1979-1983 Krankheitsfälle von Aufnahmen in die Städtische Kinderklinik Duisburg sowie die Kinderklinik des St.-Johannis-Hospitals Duisburg-Hamborn ausgewertet. „Im genannten Zeitraum (...) wurden 416 Erkrankungsfälle von Krupp-Syndrom und 491 Fälle von obstruktiver Säuglings- und Kleinkindbronchitis stationär aufgenommen. Die Anzahl der stationären Fälle beider Krankheiten entspricht also etwa einander. Dies ist insofern interessant, als (...) die Erkrankung an obstruktiver Bronchitis sehr viel häufiger auftritt als ein Krupp-Syndrom. Die relativ höhere Frequenz stationärer Aufnahmen beim Krupp-Syndrom ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß bei dieser Krankheit die Atemnot akut auftritt und ein betroffenes Kind dann schnell als Notfall in die nächste Kinderklinik gebracht wird. Die retrospektive (= zurückschauende) Studie hat unter zusätzlicher Berücksichtigung der oben erwähnten Fakten eine Korrelation (= Wechselverhältnis) der Erkrankungshäufigkeit von Krupp-Syndromen zu hohem SO_2 — sowie Schwebstaubgehalt der Luft ergeben. Bei I_2-Werten (= Kurzzeitwerten) für SO_2 von weniger als 0,25 mg/m³ war die Erkrankungshäufigkeit signifikant (= in bezeichnender Weise) niedriger als bei Werten über 0,25 mg/m³. (...)“ Daß für die obstruktive Säuglings- und Kleinkindbronchitis „weder in räumlicher noch in zeitlicher Hinsicht“ eine Korrelation zwischen Luftbelastung und Erkrankungshäufigkeit und auch kein Zusammenhang zwischen Erkrankungshäufigkeit bei unterschiedlicher Schadstoffbelastung und Bevölkerungsdichte bzw. Ausländeranteil ergab, liegt sicherlich daran, daß diese Krankheit schleichend ist. Dr. Haupt will sich mit dem Ergebnis auch nicht zufriedengeben, sondern hier eine prospektive (= nach vorn blickende) Studie machen. Dabei soll jeweils der erste Erkrankungstag registriert werden. Seine prospektive Studie ab 1.1.1983 ergab bis April 1983 83 Fälle von Krupp-Syndrom und 369 Fälle von obstruktiver Bronchitis (Daten aus den Praxen Duisburger Kinderärzte), m.a. W.: Die obstruktive Bronchitis ist etwa fünfmal so häufig, tritt aber bei den stationären Einweisungen nicht so zu Tage, weil ihre Entwicklung nicht so plötzlich verläuft. Bemüht ist Dr. Haupt darum, bei seinen Auswertungen sogenannte Stördaten (z.B. Einflüsse durch Temperatur, Luftfeuchtigkeit, Rauchen, Heizung, früheren Zustand des Patienten usw.) auszuschalten, um seine Ergebnisse gegen solche Einwendungen abzusichern.

(Fortsetzung in der nächsten Ausgabe.)

„Schlotfeld wir brauchen Moos, sonst ist bald der Teufel los!"

Tausende Kollegen von Opel/Bochum marschierten am Freitag, dem 8. Juni, vom Werk 1 zum Bochumer Arbeitsamt. Die von der kalten Aussperrung betroffenen Kolleginnen und Kollegen gaben einzeln ihre Anträge auf Kurzarbeitergeld ab. Auf Pappschildern machten die Kollegen deutlich, was sie von der Entscheidung, kein Kurzarbeitergeld an die kalt Ausgesperrten zu zahlen, halten: BFA — Bundesanstalt für Ausperrförderung.

Das Bochumer Arbeitsamt wurde über eine Stunde belagert. Eine Reihe Delegationen anderer Gewerkschaften trafen ein, etwa von der ÖTV und der Bau-Steine-Erden, um ihre Solidarität mit den Opel-Kollegen und der IG Metall zu bekunden.

Am Dienstag, dem 12. Juni, fand eine vorgezogene Belegschaftsversammlung bei Opel/Bochum statt, an der 8000(!) Kolleginnen und Kollegen teilnahmen. Die Halle war brechend voll, über Lautsprecher wurde die Versammlung noch nach draußen übertragen.

Die Rede des Personalchefs Schlotfeld wurde immer wieder von Sprechchören unterbrochen: „Schlotfeld wir brauchen Moos, sonst ist hier bald der Teufel los!"

Leider dauerten die Redebeiträge Schlotfelds und des Betriebsratsvorsitzenden Perschke über 3 1/2 Stunden, so daß in der anschließenden Diskussion nur noch 10 Kollegen zu Wort kamen. Forderungen, die Versammlung am nächsten Tag fortzusetzen, drangen nicht durch.

Jedenfalls hat die Belegschaftsversammlung gezeigt, daß die Kolleginnen und Kollegen von Opel/Bochum hinter der Forderung nach Urabstimmung und Streik in NRW stehen, was von mehreren Rednern angesprochen und mit Beifall bedacht wurde.

Bereits am 5.6. beschloß die Vertreterversammlung der IGM/Bochum einstimmig:

„Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, aufgrund der nach wie vor unnachgiebigen Haltung von Gesamtmetall den Arbeitskampf entscheidend zu verschärfen. Die Vertretervollversammlung der Verwaltungsstelle Bochum stellt fest, daß die Arbeitnehmer in den Bochumer Betrieben sofort und unmittelbar (auch ohne Urabstimmung) kampfbereit sind."

Aktion bei der Großen Tarifkommission

Rund 25 Kollegen von Bosch/Reutlingen und Rommelsbach waren letzten Freitag zur Sitzung der Großen Tarifkommission der IGM im Bezirk nach Stuttgart gekommen. Sie sangen dort ein Streiklied und übergaben nebenstehende Protestresolution gegen die Kompromißangebote der IGM-Verhandlungsdelegation. Neben den 503 Bosch-Kollegen hatten auch rund 50 Kollegen von Zanker aus dem benachbarten Tübingen diese Resolution unterzeichnet.

Die Delegation der Kollegen von Bosch in Reutlingen und Rommelsbach, die zur Sitzung der Großen Tarifkommission fuhr, legte dort auch die folgende Protestresolution vor, die von 503 Kolleginnen und Kollegen unterzeichnet wurde:

„Wir Streikenden von Bosch Reutlingen und Rommelsbach wollen keinen faulen Kompromiß, sondern die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich! Deshalb lehnen wir die Kompromißvorschläge vom 5. Juni und 7. Juni ab. Sie verletzen und demoralisieren uns nur!

Wenn man dem Aussperrungsterror begegnen will, dann sind schlechte Kompromisse und die Hoffnung auf Gerichte der falsche Weg. Notwendig ist die Ausdehnung des Streiks auch auf alle Gewerkschaften des DGB!"



Opel-Kollegen am Freitag, dem 8. Juni

Funktionärsversammlung der IGM/Stuttgart am 12. Juni

Streikausweitung abgelehnt

Die Diskussion um die Ausweitung des Streiks stand im Mittelpunkt der Stuttgarter IGM-Funktionärsversammlung am Dienstag nach Pfingsten. Dabei lehnte der IGM-Bevollmächtigte Zwickel zahlreiche Forderungen nach der Ausweitung der Streikfront ab, wie er auch jede Kritik am Vorstand abwehrte.

Auch solche Vorschläge wie den, die baden-württembergischen Metallbetriebe zu einem zweitägigen Streik mit anderen Aktionen verbunden aufzurufen wurde abgelehnt. Obwohl Zwickel bei der Begründung der Ablehnung dieses Vorschlags ins Schwimmen geriet, ein Vorschlag, der auch deshalb weil er von vielen Kollegen getragen wurde, ein nicht unbedingt für eine generelle Ausweitung eintreten.

Das Hauptargument: Jetzt müßten eben die Streikenden und Ausgesperrten selbst Druck machen, sie müßten mobilisiert werden, mehr als bisher. Worüber man gar nicht zu streiten braucht. Was aber andererseits in keiner Weise ein Argument gegen die Streikausweitung sein kann, wenn es ehrlich gemeint ist. Umgekehrt: Eine Streikausweitung würde sich mit Sicherheit auch hier mobilisierend auswirken.



Vertrauensleute-Vollversammlung in Frankfurt

Deutliche Worte

Am 7. Juni fand eine Vertrauensleute-Vollversammlung der Frankfurter IG Metall statt, an der knapp 300 Kolleginnen und Kollegen teilnahmen. Schon im ersten Teil der Versammlung, der hauptsächlich aus Erfahrungsberichten aus streikenden und ausgesperrten Betrieben bestand, wurde Kritik an der Taktik des IGM-Vorstandes deutlich. Es zeigte sich z. B., daß die Vorstandsentscheidung, mit Ausnahme von Opel/Rüsselsheim die Angestellten nicht zum Streik aufzurufen, auf völliges Unverständnis stieß. Wiederholt wurde von Kollegen die Einbeziehung der Angestellten gefordert.

Aus den kalt und heiß ausgesperrten Betrieben wurde die Forderung nach Einbeziehung in den Streik erhoben. Die Kollegen von Daimler-Benz/Bad Homburg brachten zur Sprache, daß sie sich bereits 14 Tage zuvor brieflich an den IGM-Vorstand mit der Forderung nach Einbeziehung in den Streik gewandt hatten und bis zur Versammlung noch nicht einmal eine Empfangsbestätigung ihres Briefes erhalten hatten. Sie bekräftigten ihre Forderung nach Einbeziehung in den Streik.

Im Diskussionsteil der Versammlung wurde die Kritik an der Taktik des Vorstandes, den Streik auf Sparflamme zu halten, zusehends massiver. Vertreter verschiedener Betriebe sagten, wie etwa der Betriebsratsvorsitzende von Rockwell-Golde sehr deutlich, was sie für falsch halten. Die Versammlung hat gezeigt, daß die Kampfbereitschaft der Frankfurter Vertrauensleute nach wie vor groß ist, daß aber auch das Gefühl vorherrscht, daß jetzt endlich mehr passieren muß.

Der 1. Bevollmächtigte der Frankfurter IG Metall, Günter Otto, trat den Forderungen nach Ausweitung des Streikkampfes mit dem Argument entgegen, daß dann auch die Aussperrungen ausgeweitet würden. Wie ohne Verstärkung des Kampfes um die 35-Stunden-Woche durchgesetzt werden soll, sagte er leider nicht.

„Das kann doch nicht umsonst gewesen sein, was wir bisher alles gemacht und durchgestanden haben!"

Folgenden Resolutionstext erhielt die RM-Streikzeitung aus Hessen. Mitglieder der IG Metall und IG Druck & Papier wollen mit dieser Resolution den Gewerkschaftsvorständen deutlich machen, daß es kein kapitulieren vor den Unternehmern geben darf, daß an der beschlossenen Forderung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich festgehalten werden und der Kampf dafür verstärkt werden muß. Derzeit wird in zahlreichen hessischen Metallbetrieben mit Schwerpunkt in Frankfurt und Darmstadt und im Druckbereich um Unterstützung für diese Resolution geworben. Wie wir erfahren haben, zeichnet sich ab, daß zahlreiche betriebliche Funktionäre die Resolution unterstützen. Im folgenden der Wortlaut der Resolution:

„Die Unternehmer gehen zum Totalangriff über: sie wollen den tariflosen Zustand im Metallbereich, sie wollen Öffnungsklauseln in den Drucktarifverträgen.

Sie sind dran, die Voraussetzungen dafür durchzupauken, daß sie in Zukunft auch ohne die Gewerkschaften auskommen wollen. Das macht noch klarer als bisher, wo die Unternehmer hinwollen: die Gewerkschaften kleinkloppen, sodaß sie nicht mehr als Gegenmacht in der Gesellschaft und in den Betrieben vorhanden sind. Von denen, die jetzt so brutal aussperren, von denen wissen wir, wie sie uns behandeln werden, wenn wir wieder in die Betriebe rein dürfen. Und das betrifft alle Beschäftigten in allen Bereichen, wenn die Streiks der Metaller und Drucker mit einer Niederlage enden sollten! Dieser Kampf darf deshalb keine Niederlage werden! Das gilt für alle Gewerkschaften! Deshalb bleibt uns keine andere Wahl, als unseren Kampf zu verstärken:

- Wir lassen uns nicht länger diktieren, wer arbeiten darf und wer nicht. Wo teilausgesperrt wird, ob kalt oder heiß, ist die Antwort Vollstreik.
- Einbeziehung der Angestellten in den Arbeitskampf, auch damit die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen stilliegen. Der Streik ist um so kürzer, je mehr er der anderen Seite weh tut.
- Betriebsbesetzungen.
- Konsequente Behinderung der Streikbrecher.
- Ausweitung der Urabstimmungen.
- Solidaritätsstreiks innerhalb des DGB.

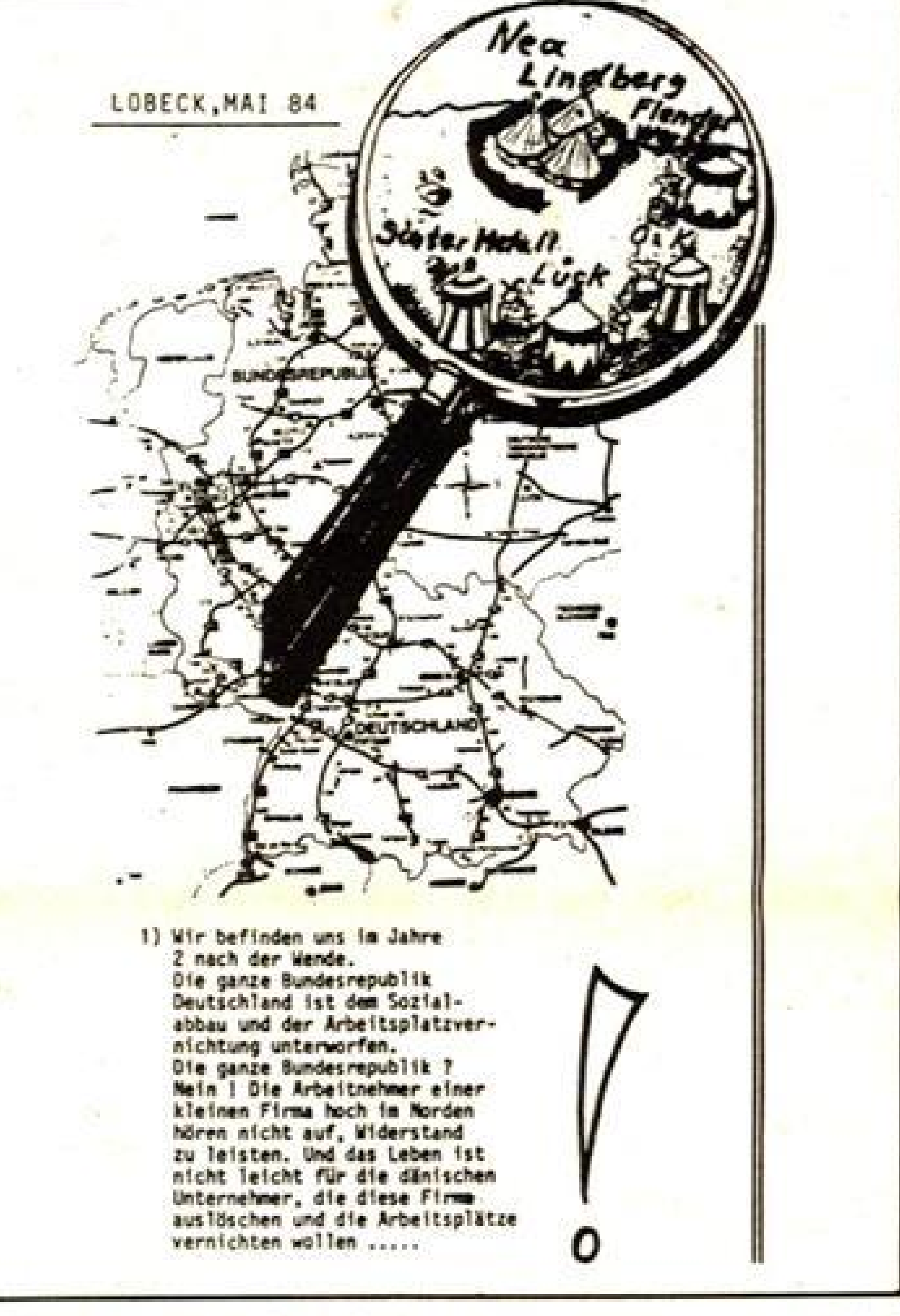
Herrschendes Unrecht kann nur durch von uns gesetzte Tatsachen gebrochen werden! So antworten wir als Gewerkschaftsmitglieder auf die jetzige Situation!"

Korrespondenz aus Lübeck

Eine kleine Belegschaft wehrt sich mutig

In ihrer Zeitung vergleichen sie sich mit dem Bild aus Asterix und Obelix — das kleine Dorf der Gallier im Kampf gegen den übermächtigen Feind.

Es handelt sich um die Belegschaft von NEA-LINDBERG, einer kleinen Belegschaft von 59 Kolleginnen und Kollegen, die mit diesem Vergleich ihren Kampf um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze gegen den großen dänischen Konzern Nea Lindberg A.S. so treffend beschreibt. Dieser Konzern will das Lübecker Werk schließen und die Kolleginnen und Kollegen haben beschlossen, ganz nach Art der Gallier sich gegen den übermächtigen Feind zu wehren.



Und mancher in Lübeck wundert sich sicherlich, wie die 50 Arbeitsplätze, die hier bedroht sind, inzwischen zu einem allgemeinen Gesprächsthema geworden sind, wo doch gleichzeitig auf den Werften O&K und Flender Hunderte von Arbeitsplätzen mehr oder weniger sang- und klanglos vernichtet worden sind.

Da beschließen die Kolleginnen und Kollegen, als sie von den Plänen der Konzernleitung erfahren, mit Kind und Kegel die Lübecker Öffentlichkeit zu informieren. Mit Frauen und Kindern ziehen sie in großer Zahl in die Lübecker Innenstadt, beteiligen sich in großer Zahl an Informationsständen, schalten die Presse ein und werden zu einem Stadtgespräch.

Obwohl neun der 59 Kollegen Ausstand haben, ein kleines Büro weiterzuführen, stimmen 58 für gemeinsame Aktionen gegen die Schließung. Da finden sich plötzlich Kollegen hinter einem Informationsstand wieder, die es sich vorher bestimmt nie hätten träumen lassen. Sie verhindern den Abtransport von Maschinen durch dänische Ingenieure des Konzerns, weigern sich beharrlich ebenso diese Arbeiten selber auszuführen.

Der dänische Konzern hatte vor sieben Jahren dieses Lübecker Werk mit dem Versprechen aufgebaut, er würde 200 Arbeitsplätze schaffen, hatte, wie es in dieser Region so üblich ist, kräftig Zonenrandförderung und sonstige Mittel eingestrichen und will nun von all dem nichts mehr wissen.

Der Betriebsrat hatte sofort nach Bekanntwerden dieser Pläne eigene Vorschläge vorgelegt, die die vollständige Erhaltung des Werkes und der Arbeitsplätze vorsahen, entsprechend ist er in Interessensausgleichsverhandlungen eingetreten und hat zur Unterstützung die Unternehmensberaterfirma IPM hinzugezogen, die schon in Fällen wie z. B. Möcklinghoff oder Videocolor für die Belegschaften tätig geworden ist.

Das Wesentliche aber ist der Mut und die Energie, die plötzlich in dieser Belegschaft freigesetzt worden sind.

Da entschließen sie sich, ein Transparent zu malen und in der Halle aufzuhängen: „Schluß mit Arbeitsplatzvernichtung — Nea muß in Lübeck bleiben." Im Gerangel um das Transparent bleibt die Belegschaft Sieger, denn dieselben Meister, die es anfangs im Auftrag der Geschäftsleitung runtergenommen haben, weigern sich, als dieses Transparent immer wieder aufgehängt wird. Oder die Betriebsversammlung, die zu einem einzigen Tribunal gegen den Geschäftsführer und den Konzern wird. Selbst der eigens angekarrte Vertreter des Arbeitgeberverbandes versucht gar nicht erst, in der Versammlung aufzutreten. Hatte dieser Geschäftsführer früher immer erklärt, mit dem Betriebsrat wolle er nicht verhandeln sondern mit den Menschen, erklärt er jetzt nach dieser Versammlung, er verhandele nur mit dem Betriebsrat und nicht mit der Belegschaft.

Vorläufiger Höhepunkt der Aktionen der Kolleginnen und Kollegen war ein Fest, das sie für die Bevölkerung und andere Belegschaften durchgeführt haben, um über die Situation und den Stand der Auseinandersetzung zu informieren. Über 500 Menschen besuchten dieses Fest.

Es wird nicht die letzte Aktion dieser Belegschaft gewesen sein. Zur Unterstützung ihres Kampfes und der Finanzierung der Unternehmensberater bitten die Kolleginnen und Kollegen um finanzielle Unterstützung auf das Solidaritätskonto: BFG Lübeck: 1137370300.

Reportage:

4 Wochen Metallerstreik im Südwesten



Donnerstag, 7. Juni 84

Die vierte Streikwoche des Metallerstreiks im Südwesten. Die 8. Streikwoche des Druckerstreiks. Drei Kompromißangebote hat die Verhandlungskommission der IG Metall vorgelegt, weitgehende, zu weitgehende?

Ist die Entscheidung nahe? Alle melden sich zu Wort. All diejenigen, denen man in unserem Land das Recht zuspricht, Politik zu machen. Die Scharfmacher des Arbeitgeberverbandes. Gelassen und kaltblütig lehnt Stihl — der Verhandlungsführer der Metallindustriellen alle Kompromißvorschläge der IG Metall ab. Zwei Tage zuvor hatten sie noch gedroht, die Aussperrung auf Bayern auszuweiten. Die Drohung bleibt im Raum. Gelegenheit für den Arbeitsminister Blüm — endlich! — auch mal in die „andere“ Richtung zu mahnen. Nein, es ist nicht die Stunde der Scharfmacher, es ist die Stunde der Moderaten, der Mahner. Kein gutes Zeichen, wenn man glaubt, die Streikfront sei weichgekocht, dann kann man Kreide fressen.

Um 19.45 Abendschau in Baden-Württemberg. Eine im landläufigen Sinne ausgewogene Sendung. Heute? Nach dem Bericht über die Tarifverhandlungen eine einzige Katastrophenschau. Nachlassende Umsätze im Einzelhandel (Man sieht eine Rentnerin! vor einem Kleiderständer). Es gibt keine größeren Kredite mehr (man sieht ein ausgefülltes Kreditformular). Der Bierkonsum läßt nach (man sieht ein nur langsam füllendes Bierglas).

Um 20.00 Uhr sollen die Delegationen von Gewerkschaften und Arbeitgebern wieder zusammenkommen. Die Stunde ist günstig. Doch um 19.58 meldet die Abendschau: Die Verhandlungen sind vertagt. Ja, haben denn die Mitglieder der großen Tarifkommission nicht die Abendschau gesehen? Die haben sich um 18.00 getroffen. Und es waren noch welche da. Da waren die da, die seit vier Wochen Politik machen und denen es in unserem Land nicht zugebilligt wird. Eine Delegation der Bosch-Arbeiter aus Reutlingen. Mit Transparent und Lied gegen faule Kompromisse. Eine Resolution mit 500 Unterschriften wird vorgelegt. Nein, es ist keine Demonstration gegen die große Tarifkommission. Der Vertreter der Bezirksleitung versichert, in diesem Saal gäbe es keinen einzigen, der für faule Kompromisse sei. Die Bosch-Arbeiter werden eingeladen, da zu bleiben. Das Ergebnis der Sitzung ist, daß die IG Metall keinen weiteren Schritt entgegenkommt. Der Streik geht weiter.

Wie es anfing

Wenn man die vier Wochen zurückblickt, wenn man an jenen 14. Mai zurückdenkt, an den Tag, an dem alles anfing — mit Streikpostenbesprechungen in aller Herrgottsfrühe, mit Auftaktveranstaltungen, mit Presse und Fernsehen, mit Steinkühler und Mayer und mit dem Regen, so fällt es schwer, eine griffige Zusammenfassung zu bringen. Es ist nicht nur die mangelnde Distanz, es ist die Widersprüchlichkeit der Eindrücke und Erfahrungen, die es so schwer machen, sogenannte typische Ereignisse zu bringen. Ein großer Kampf? Sicherlich, der Streik wird wie der von 63 oder 71 in die gewerkschaftliche Geschichtsschreibung eingehen. Aber wann ist ein Kampf groß?

Da war eine Delegation von englischen Bergarbeitern in Stuttgart, und es gab einige, die sagten: „Seht euch diese Kollegen an, schon seit zwölf Wochen streiken sie ohne Streikgeld — das ist erst ein richtiger Kampf!“ Und da war der betriebliche Streikfunktionär, der befürchtete, daß die Angestellten auch noch ausgesperrt würden — weil dann bei der Registrierung so viel Arbeit entstände, „die sind doch alle in verschiedenen Krankenkassen ...“

Es war auch an jenem 14. Mai, als ein ausländischer Kollege von Porsche sich bei Behr die Schilder klauen wollte — „dieser Betrieb wird bestreikt!“ — um damit vor seinen Betrieb zu ziehen, um damit bei Porsche vollendete Tatsachen zu schaffen. Mit diesem Tag begann die Auseinandersetzung um die Streikführung. Drei Tage später gab es jene Betriebsversammlung bei Daimler Benz in Sindelfingen, die bestimmt allen in unvergeßlicher Erinnerung bleiben wird. Erinnern wir uns: Die Unternehmer hatten mit kalter Aussperrung gedroht, 20000 von 30000 Kollegen sollten nach Hause geschickt werden. Die Betriebsversammlung wurde durch einstweilige Verfügung verboten. Auf dem Omnibusbahnhof in Sindelfingen versammeln sich 12000 Kollegen — soviel waren noch nie bei einer Betriebsversammlung. „Streiken, streiken“ — rufen sie und als Klaus Zwickl, der erste Bevollmächtigte der Ortsverwaltung Stuttgart sagt: „Jetzt packt eure Sachen und geht nach Hause“ — da schallt ein tausendfacher Schrei der Begeisterung über den Platz.

Streik ist nicht gleich Aussperrung

Am nächsten Morgen beginnt der Streik in Sindelfingen, und es bewahrheitet sich die Aussage: Streik ist nicht gleich Aussperrung. Eine eigene Entscheidung ist die Grundlage für aktives Handeln. Hunderte von Streikposten stehen vor den Toren. Ganz im Gegensatz zu den Betrieben, die sang- und klanglos in die Aussperrung reingezogen werden. Denn was soll man auch kontrollieren, wenn der Unternehmer aussperrt? Auf der Funktionärsversammlung drei Wochen später weist ein Redner darauf hin, daß nun endgültig Schluß gemacht werden müßte, mit der Unterschätzung der Aussperrung in den eigenen Reihen. Wie recht er hat. Gab es nicht Zahlenspiele am Anfang, die damit kalkulierten, wieviele Leute die Unternehmer aussperren würden, und die dann Streikende und Ausgesperrte zusammenzählten, als „die im Arbeitskampf Stehenden“? Doch das ist nur insoweit richtig, als daß alle nicht mehr arbeiten, aber wie sie im Kampf stehen — das ist doch ein himmelweiter Unterschied — und das hat dieser Streik sehr, sehr deutlich gemacht.

Doch auch bei den streikenden Betrieben gibt es in all den Wochen selbst heftige Auseinandersetzungen. Überall, wo versucht wird, eine strenge Kontrolle durchzuführen, wo Streikbrecher nicht reingelassen werden, wo die Angestellten überprüft werden — tritt die Justiz und die Polizei auf den Plan. Einstweilige Verfügungen, Gassen für Streikbrecher. Und mit was für Summen operiert wird! Zwischen 250000 und 500000 DM werden im Fall der Zuwiderhandlungen angedroht.

Justiz und Polizei — im Ernstfall dabei

Hier ist ein Punkt, wo die Kollegen erfahren, was für ein Streikrecht ihnen zugestanden wird. Ein kastriertes, symbolisches Streikrecht. Ein guter Vergleich macht die Runde: Bei Aussperrung macht die Polizei keine Gasse für arbeitswillige Kollegen — was hat es nun mit der Waffengleichheit auf sich? Und Erfahrungen darüber hinaus — ein Streikposten von Mahle erzählt, daß ein Protokoll von der Polizei aufgenommen wurde. Darin wurden alle Mitglieder der Geschäftsleitung, die als Zeugen der „Nötigung“ auftraten mit „Herr“ tituliert, er als Streikposten war nur der Streikposten „Meyer“. Waffengleichheit, Gleichbehandlung oder zwei Klassen?

Und da ist auch die Erfahrung, daß dieses Streikrecht ein Recht des Stärkeren ist. Daß da, wo wir stärker sind, dieses Recht auf unserer Seite ist, zwar nur kurz, für begrenzte Zeit — aber immerhin.

Der öffentlichkeitswirksamste Fall ist die Blockade des Druckzentrums in Stuttgart. Nach dem Anschlag auf den Bezirksvorsitzenden der IG Druck und Papier Bekel wird das Druckzentrum für drei Tage dicht gemacht — für Tag und Nacht. Über tausend Leute aus allen Gewerkschaften beteiligen sich. Die Polizei wagt nicht einzugreifen, was ihr nachher von den beiden Chefredakteuren der liberalen Blätter die wütendsten Vorwürfe einträgt. „Ein leitender Redakteur ist beschimpft worden“, „er wurde gezwungen seinen Kofferraum zu öffnen“, „die Polizei sah dem Treiben untätig zu“. Zwei Wochen später macht die Polizei ihre Scharte wieder wett. Auf einen Wink der Druckunternehmer riegelt sie die gesamte Einfahrt des Druckzentrums ab, verjagt alle Streikposten, stellt spanische Reiter auf und vollzieht die Streikdurchführung nach Unternehmerart ...

Der Kampf um die Streikfront

Es ist der 7. Juni morgens um 7.30. Doch auch abseits dieses spektakulären Falles lassen sich Erfolge erzielen. Es ist ja schon wichtig, daß viele und kämpferische Kollgen am Tor stehen, es ist wichtig, daß man mit den Streikbrechern redet. So schickt beispielsweise Behr in Feuerbach einen Teil seiner Angestellten zu seinem Zweigwerk nach Mühlacker zu Streikbrecherarbeiten. Die Streikposten reagieren: Sie ziehen einen Teil der Feuerbacher Streikposten nach Mühlacker ab. Und wenn man dann die bekannten Gesichter wieder sieht, fällt der Streikbruch nicht so leicht ... Und wenn die einstweilige Verfügung da ist, wenn die Streikposten vertrieben sind, dann helfen noch Ketten, die die Tore schließen, so geschehen bei Bosch in Reutlingen und Mahle in Stuttgart ...

Und es gibt noch ganz andere Sachen: In einem Druckbetrieb wird jemand als Streikbrecher eingesetzt, der zur Zeit auf der Meister-Schule ist. Am nächsten Morgen gehen zwei Kollegen der betrieblichen Streikleitung in die Schulklasse des Streikbrechers und bitten kurz ums Wort. Sie lesen die Charakteristik von Jack London über den Streikbrecher vor ... Der Rest des Morgens wurde nicht mehr mit dem Lehrplan verbracht.

Die Mobilisierung der Streikposten ist ein zentraler Punkt der Auseinandersetzung. Gewinnen wir diesen Kampf vor dem Fernseher oder durch aktive Beteiligung — diese Frage wird auch in der letzten Woche von der Bezirksleitung der IG Metall in den Mittelpunkt gestellt. Kein Zweifel, das ist ein harter Brocken. Es ist ja nicht nur die Frage, ob man den Streik benutzen soll, um seine Wohnung zu tapezieren, es ist die weitreichende Frage, ob die Klasse aktiv kämpfen muß, um ihre Interessen durchzusetzen. Und soweit ist es — und das kann man jetzt schon sagen — ein Erfolg dieses Streiks, diese Frage überhaupt breit aufgeworfen zu haben. Richtige Beschlüsse wurden gefaßt: Alle zwei Tage Registrierung, Stempel nur bei Teilnahme an Streikversammlungen usw. Es folgen Diskussionen über Zwangsmaßnahmen. Es folgen massenhaft Unterlassungen betrieblicher Streikleitungen. Aber es gibt auch Erfolge. Ein Kollege berichtet: „Und dann standen sie plötzlich im Streiklokal mit vier Mann bei mir, und da mußte ich ja sagen ...“

Nächte von Knecht, die sind lang

Wie schon erwähnt — nach der ersten Streikwoche stand der Kampf gegen die Aussperrung im Mittelpunkt. Die Taktik der Nadelstiche des Hauptvorstandes blockte die Ausweitung des Streiks ab. Im Mittelpunkt stand die Aktivierung der betroffenen Belegschaften, die Solidarität und auch die Betriebsbesetzung. Diese Taktik ist nicht aufgegangen, obwohl propagiert, obwohl in einzelnen Betrieben Rundgänge durchs Werk gemacht wurden. Nur ein einziger Betrieb hat das geschafft, und der verdient es auch, in diese Berichterstattung aufgenommen zu werden.

Filter Knecht in Lorch ist eine Mahle-Tochter mit ca. 500 Beschäftigten. In den letzten Jahren wurden schon ca. 100 Arbeitsplätze vernichtet. Eine gute gewerkschaftliche Arbeit liegt vor. Als hier die Geschäftsleitung mit fadenscheinigen Gründen die kalte Aussperrung gegen einen Teil der Belegschaft durchsetzen wollte, hatte sie sich verrechnet. Am Montag, den 28. Mai — dem Tag des Marsches auf Bonn — zogen die gewerkschaftlichen Aktivisten vors Tor. Die Geschäftsleitung hatte geplant, die kalt Ausgesperrten draußen zu lassen und die anderen nach Gesichtskontrolle reinzulassen. Das ging in die Hose. Während das im Werk ein. Pausenlose Verhandlungen des Betriebsrats mit der Geschäftsleitung. In den Streiknachrichten der IG Metall steht schon „Knecht besetzt“. Als wir Dienstag mittag ankommen, ist das aber noch nicht der Fall. „Wir sind nur reingegangen“, sagt ein Kollege. Mittags um 13.30 Uhr wird's aber ernst. Fast alle Kollegen stehen beim Haupttor. Der Betriebsrat erklärt das Scheitern der Verhandlungen. Der örtliche Gewerkschaftssekretär ruft dazu auf, nun bis zum nächsten Abend im Werk zu bleiben. Nein, das wird nicht hochpolitisch begründet und auch von den Kollegen nicht so verstanden: Ein Akt der Empörung und der Solidarität. Und doch ist es hochpolitisch. Ein Stück Macht wechselt den Besitzer. Eine Erfahrung wird mehr gemacht. Denn wer hat denn schon mal in seinem Betrieb gegen den Willen seines Unternehmers übernachtet, und wer hat das schon organisiert? Die Belegschaft von Filter Knecht hat es gemacht und ein Lied dazu auf die Melodie von Kreuzberger Nächte sind lang, das heißt: „Nächte bei Knecht, die sind lang, Nächte bei Knecht die sind lang, erst fangen sie ganz langsam an, aber dann, aber dann ...“ Die Betriebsbesetzung endet am Mittwoch. Am Donnerstag ist bei uns Feiertag, der Freitag ein sogenannter Brückentag, schon lange bei vielen Betrieben als arbeitsfreier Tag eingeplant — und so geht auch der Streik in Baden-Württemberg für vier Tage in Urlaub ...

Der Marsch der Ausgesperrten

So, und zum Schluß möchte ich noch von der schönsten Demonstration berichten, die bisher stattgefunden hat. Die war am Dienstag, den 5. Juni in Stuttgart.

Aufgerufen war zum Marsch der Ausgesperrten. Gekommen waren Delegation aus über 50 Betrieben, ca. 2000 Leute. Nur 2000 und keine 200000? Na ja, Zahlen sind bestimmt wichtig, aber es kommt auch darauf an, wie so etwas abläuft. Und diese Demonstration war kämpferisch, von allen getragen und originell. Erst mal versammelten wir uns im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Das war bestimmt, der harte Kern der Streikfront, wenn auch nicht alle — es mußten ja auch noch welche Streikposten stehen — aber die, die aktiv in all den Wochen dabei waren. Die Musikgruppe ist noch nicht eingetroffen. Der Gewerkschaftssekretär von Mühlacker spielt mit der Gitarre Alleinunterhalter, aus dem Publikum kommt ein Banjospieler dazu. Dann die Marburger Songgruppe, die gerade von einer Streikversammlung aus Sindelfingen kommt. Die haben ein sehr schönes 35-Stunden-Lied und ein sehr schönes 1. Mai-Lied: „Der 1. Mai — das ist kein Feiertag, sondern der Schulz- und Meier-Tag ...“

Dann zieht plötzlich eine Gruppe von 20 bis 30 Kollegen von WMF in Geislingen auf die Bühne. Die singen das Lied von den Nächten bei Knecht und als Zugabe das Lied vom schwäbischen Sozialismus (was ihr hoffenlich auf der letzten Seite des RM abgedruckt findet).

Dann wälzt sich der Zug in die Innenstadt. Parolen, Lieder — fortwährend. Beim Landesarbeitsamt gibt es ein Pfeifkonzert. Ein Redner bezeichnet sie als das, was sie sind, „Versicherungsbetrüger“, dann geht es weiter zum Haus der Aussperrer, dem Sitz des Verbandes der Metallindustriellen. Das wird umzingelt. Aus der Hausnummer = 3 A wird bald 35. Schilder und Transparente werden liebevoll befestigt und dagelassen „Wir sind ausgesperrt“, „Wer aussperrt, gehört eingesperrt“, 35-Stunden-Kleber an der ganzen Front. Als wir abziehen, ist das goldene Schild der Aussperrer verschwunden. Die Boschler aus Reutlingen lachen sich ins Fäustchen, die Bezirksleitung geht etwas ins Rotieren — „die lassen die Verhandlungen platzen“, was soll's, das Schild ist weg. Der Zug marschiert zurück zum Gewerkschaftshaus. Einheitsfrontlied, Moorsoldaten mit Akkordeonbegleitung. Brüder zur Sonne und schließlich die Internationale. Das in der Stuttgarter Innenstadt, das auf dem Zug der ausgesperrten Metaller. Da freut sich der kommunistische Berichterstatter. Vor allem deshalb, weil er sich nicht alleine gefreut hat.



NICARAGUA TRIUNFARA

„Nicaragua wird siegen" Plakat des „Comite-Amerique-Latine" aus dem Kalender der Frente Sandinista de Liberación National (FSLN) für 1984

Frauenarbeitslosigkeit in der BRD

Das Grundübel der Auswirkungen der Frauenarbeitslosigkeit liegt in der Struktur der Frauenerwerbstätigkeit im Kapitalismus. Eine Gleichstellung mit dem Mann als Anbieterin ihrer Arbeitskraft ist nicht gegeben. Ein Blick in die Wochenendausgabe einer größeren Tageszeitung genügt, um die Ungleichbehandlung der Frauen in puncto Arbeitsplätze festzustellen.

Ca. 70 Prozent der Stellenanzeigen dürften auf Männer ausgerichtet sein. Die restlichen 30 Prozent betreffen die „Traumberufe" der Frauen wie Friseuse, Verkäuferin, Putzfrau, (wobei wir die reichhaltigen Angebote für Bardamen, Fotomodelle, Masseusen etc. einmal ausklammern wollen).

Das kapitalistische Wirtschaftssystem bestimmt, in welcher Weise die Frauen eingesetzt werden: als jederzeit abrufbare Reserve, die in einer benachteiligten Situation festgehalten und genutzt werden kann — je nach Stand der kapitalistischen Entwicklung. Die gesellschaftliche Hauptfunktion der Frau liegt in der Reproduktionsarbeit, d.h. in ihrer Verantwortung für das Wohlergehen des Mannes und ihrer Kinder, sowie der Alten und Kranken. Tritt sie ins Erwerbsleben ein, ändert sich an ihrer Funktion nichts — die Kunst, beide Aufgaben zu erfüllen, bleibt der Frau überlassen. So wird im Kapitalismus die erwerbstätige Frau in die Rolle der Zuverdienerin gezwängt.

Die konkreten Auswirkungen: mangelnde Berufsausbildung, Festlegung der Frauen auf wenige frauenspezifische Berufe, niedrige Lohngruppen, kaum Aufstiegschancen, Teilzeitarbeitsmodelle. Die Ausbildungssituation für Frauen manifestiert geradezu ihre Rolle als Reserverarmee des Kapitals. Gerade in der Krise führt dies dazu, daß die Frauenarbeitslosigkeit ansteigt, daß von Seiten des Kapitals versucht wird, die Frauen aus dem Beruf in die Rolle der Hausfrau zu drängen.

Ein Drittel der Erwerbstätigen in der BRD sind Frauen, aber fast 50 Prozent der Erwerbslosen sind weiblichen Geschlechts, (nach den offiziellen Zahlen). Die Zahl der nichterfaßten Arbeitslosen (nach Gewerkschaftsschätzungen 1 bis 1,5 Millionen) wird zum größten Teil von Frauen gestellt. Frauen, die nach einer Kinderpause als unvermittelbar gelten und somit in die Statistiken nicht aufgenommen werden, junge Frauen, die nach einem Schulabschluß keine Möglichkeit einer Berufsausbildung finden. 1982 erhielten laut Feststellungen der Bundesanstalt für Arbeit 162505 Mädchen keinen Ausbildungsplatz und -vertrag. Das waren 61 Prozent der weiblichen Jugendlichen, die eine Berufsausbildung im kaufmännischen, gewerblichen und technischen Bereich absolvieren wollten und sich beworben hatten. Diese Zahl umfaßt nicht die jungen Mädchen, die aus Angst vor Arbeitslosigkeit weiter die Schule besucht haben oder sich für ein Berufsvorbildungsjahr entschlossen haben, oder nach abgeschlossener Schulausbildung gar nicht erst den Mut gefunden haben, sich um einen Ausbildungsplatz zu bewerben. Ende April 1983 waren 84395 junge Frauen und Mädchen unter 20 Jahren arbeitslos. Das waren fast die Hälfte aller Arbeitslosen (48,01 Prozent) unter 20 Jahren, die im April 1983 Arbeit suchten und keine Arbeit bekamen. Diese Zahlen haben sich bis heute nur noch verschlechtert.

Daß gerade die Ausbildungssituation der jungen Mädchen und Frauen die spätere Arbeitslosigkeit vorprogrammiert, prangert der Bericht der Jugendberichtskommission zum Thema „Verbesserung der Chancengleicheit von Mädchen in der Bundesrepublik Deutschland", der von der beauftragten paritätisch halb männlich halb weiblich besetzten Expertenkommission Ende Dezember 1982 fertiggestellt wurde, an. Dieser Bericht wurde vom Geißler-Ministerium mehr als ein Jahr zurückgehalten (siehe FR vom 19.4.1984) bis er dann vor kurzem der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde. Warum zurückgehalten? Weil die Familien-, rechts- und arbeitsmarktpolitischen Empfehlungen der Kommission den politischen Absichten der Wende-Regierung widersprechen. Der gesamte Bericht ist eine Anklage gegen die derzeitige Frauenpolitik der Bundesregierung. Zur „Wahlfreiheit" zwischen Beruf und Familie schreibt die Kommission:

„Das sogenannte Wahlfreiheitskonzept mit dem Ansatz, die Familientätigkeit und die Hausfrauenrolle aufzuwerten (etwa auch mit der Überlegung, durch ein Erziehungsgeld die Anerkennung der Familienarbeit zu ermöglichen) bezieht sich faktisch nur auf die Wahlfreiheit für Frauen. Es berücksichtigt nicht, daß es nur dann eine wirkliche Wahlfreiheit einschließt, wenn in gleicher Weise eine Wahlfreiheit für Männer gefordert und umgesetzt wird. Die derzeit vorherrschende Auffassung hat dagegen praktisch zur Folge, daß Mädchen und Frauen über ihre Verweisung auf die Familie als alleinigen Lebens- und Arbeitsbereich der Zugang zum Arbeitsmarkt noch weiter versperrt wird. Durch „gesellschaftliche Aufwertung" soll den Frauen der Verzicht auf eigenständige Berufsarbeit nahegelegt werden. Angesichts der erhöhten Rückkehrschwierigkeiten in den Beruf nach einer Phase der Familienarbeit bedeutet dies also einen weiteren Abbau beruflicher Chancen von Frauen. Bezeichnend ist, daß dieses Konzept verstärkt propagiert wird in einer Arbeitsmarktsituation, in der Frauen als Arbeitskräftereserve weniger gebraucht werden, im Gegenteil einen unerwünschten Druck darstellen."

Mangelnde Berufsausbildung (rund 50 Prozent der arbeitslosen Frauen haben keinen erlernten Beruf) führt zu schnellerer und längerer Arbeitslosigkeit der Frauen. Im Berufsleben durch niedrigere Löhne und mangelnde Berufschancen eh schon diskriminiert, setzt sich die Ungleichbehandlung bei Arbeitslosigkeit der Frauen fort. 1982 erhielten 46 Prozent der Arbeitslosen, die noch bei den Arbeitsämtern registriert waren, vom Arbeitsamt keinen Pfennig — zumeist wegen fehlender „Bedürftigkeit". Unter den sog. Dauerarbeitslosen erhielten 81 Prozent der verheirateten Frauen vom Arbeitsamt keinen Pfennig — bei den verheirateten Männern waren es 34 Prozent. Grund: Nach maximal einem Jahr Arbeitslosengeld tritt die Arbeitslosenhilfe — jedoch nur bei Bedürftigkeit — in Kraft. Berücksichtigt werden: Einkommen der Ehepartner der Arbeitslosen sowie bei minderjährigen Arbeitslosen das Einkommen der Eltern; Vermögen der Arbeitslosen und ihrer Familien; Unterhaltsansprüche der Arbeitslosen gegen Eltern und Kinder.

Besonders folgenreich, besonders für verheiratete Frauen, ist die vollständige Anrechnung des Einkommens ihres Ehepartners. Für den Ehepartner wird nur ein Freibetrag von 75 Mark wöchentlich und für jedes Kind ein weiterer Freibetrag von 35 Mark wöchentlich zugestanden. Dazu ein Beispiel: Bei einer vierköpfigen Familie, die Frau ist erwerbslos, der Ehemann hat wöchentlich ein Einkommen von 330 Mark wird zunächst für den Ehemann und die beiden unterhaltspflichtigen Kinder ein Freibetrag von insgesamt 145 Mark anerkannt (75 Mark plus 35 Mark plus 35 Mark). Da der Ehemann jedoch 330 Mark verdient, werden die restlichen 185 Mark seines wöchentlichen (Netto-) Einkommens auf die Arbeitslosenhilfe seiner Frau angerechnet. Wenn das Arbeitsamt aufgrund des letzten Nettoarbeitsentgelts der erwerbslosen Ehefrau einen Arbeitslosenhilfe-Satz für sie von 180 Mark wöchentlich errechnet (dies ist der durchschnittliche Arbeitslosenhilfe-Satz), dann geht sie aufgrund des anzurechnenden Einkommens ihres Mannes leer aus. Das Arbeitsamt setzt dann also voraus, daß die Familie und/bzw. die Frau die vollen finanziellen Lasten ihrer Arbeitslosigkeit tragen kann. (Die genannten Freibeträge stehen seit 1969 fest).

Die der Frau im Kapitalismus zugedachte Rolle als „Zuverdienerin" fördert die gesellschaftliche Haltung, die Arbeitslosigkeit der Frau als nebensächlich, weniger schlimm als die der Männer anzusehen. Durch die gesellschaftliche Teilung: Mann sorgt für die Familie, verdient den Lebensunterhalt — Frau sorgt für das soziale Wohlergehen — werden die Frauen in der Krise geradezu gezwungen, sich zurück an den Herd und damit in die Arbeitslosigkeit zu begeben. Denn die Wendepolitik der Bundesregierung beraubt die Frauen der bisher schon äußerst spärlich gesäten Möglichkeiten, ihre Berufstätigkeit mit den Anforderungen an ihre familiären Aufgaben zu verbinden. Die Sparpolitik der Bundesregierung und der Länder bei Mutterschaftsurlaub, Kindertagesstätten, Altenpflege usw. nimmt vielen arbeits„willigen" und schon arbeitslosen Frauen auch die letzte Möglichkeit, sich für das Erwerbsleben zu entscheiden.



Spruch des Monats:

„Zu einer menschlichen Gesellschaft gehören Werte, die ihre Heimat in der Familienkultur haben, wie Liebe, Natürlichkeit, Treue, Hüten, Verzicht, Vorsorge für kommende Generationen. Mütterlichkeit ist das Symbol für diese Werte." (Norbert Blüm 1981)

Büchertip:

August Bebel
Die Frau und der Sozialismus (zu bestellen über den Verlag Roter Morgen)

***

Frauen in der BRD
VSA-Verlag Hamburg
1983 (Situationsberichte, Einschätzungen, Frauen in Familie, Beruf, Gesellschaft)

„Wir bedauern sehr ..."

Gelernte Damenschneiderin, 25 J., verheiratet, 1 Kind (2 1/2), sucht halbtags (25 Std.) Arbeit ...

1. Kaufhäuser angeschrieben: „Es tut uns leid, mitteilen zu müssen ..." „Vielen Dank für Ihre Bewerbung, aber ..." „Wir bedauern sehr ..." „Bitte füllen Sie beiliegenden Bewerbungsbogen aus und stellen Sie sich vor am ... um ... Uhr."

Hoffnung! Im Bewerbungsbogen „natürlich" die Frage: „Sind Sie schwanger?"

Vorstellungsgespräch: Guten Tag, hoffentlich haben Sie sich noch nicht allzu viel Hoffnung gemacht, zur Zeit haben wir nämlich nichts frei ..." „Aber eventuell im Herbst, da können Sie bei uns anfangen — allerdings würden Sie nur einen Vierteljahresvertrag bekommen, aber mit allen tariflichen Urlaubsansprüchen etc., etc. Und Ihre Arbeitszeit, tja, also da arbeiten Sie dann mal zwei Tage die Woche ganz, oder mal vormittags, mal nachmittags, **wie 's gerade so kommt ...**

Der Stundenlohn klingt verlockend: 12,50 Mark brutto — aber der wird ja wohl nicht für die Zeit bezahlt, wo ich am Telefon sitzen ... und wohin dann immer so schnell mit dem Kind? (Mein Mann arbeitet bis 16 Uhr und muß zweimal wöchentlich noch um 17 Uhr los zur Schule) Kann 's doch nur vormittags gut unterbringen (für 300 Mark ...) **Mein Problem!**

2. Arbeitsamt: In einer Rocknäherei suchen 'se jemanden. Hoffnung! Vorstellungsgespräch nach einer 3/4 Stunde Warten ... „Haben Sie schon mal mit Schnellnäher (Akkord) Erfahrung gehabt?" „Nein, ich habe im Handwerk gelernt ... „Tjaaa, also da haben wir nun gerade jemanden, **die hier eine Woche probenäht,** (mit Erfahrung), aber wenn das nix wird, könnte man ja vielleicht mal sehen ... immerhin machen Sie ja einen ganz ordentlichen Eindruck ... Sind Arbeitslose in der Familie? — Nein? — Na, dann ist ja gut, wir legen nämlich Wert darauf, daß unsere Angestellten zu Hause geordnete Verhältnisse haben! ..."

Nach ein paar Wochen wieder zum Arbeitsamt — Vielleicht ham 'se ja noch was anderes? „Tja, wir hatten Ihnen doch ..."

Ja, aber ich hatte doch telefonisch Bescheid gesagt, daß es nix war, und nun ... „Tja, und was wollen Sie nun hier??? — Ich meine, Sie können natürlich immer mal gerne vorbeigucken, aaaber ..."

3. Zeitungsannonce: Änderungsschneiderin gesucht — Vorstellungsgespräch in einer kleinen Änderungsschneiderei (Klitsche): „Ja, also vor kurzem konnten wir uns hier kaum vor Arbeit retten, da hatten wir hier teilweise bis zu 60 Sachen hängen, aber seitdem diese Frau da ist, (eine Woche!), die sabbelt nämlich nur mit den Kunden ..."

Aha, also die soll gefeuert werden und ich soll dafür anfangen ... und wie geht 's mir nach einer Woche??? „Ja, und Sie können hier vollständig selbständig arbeiten, da red' ich Ihnen überhaupt nicht rein ..." Hört sich erst mal gar nicht so übel an — und die Bezahlung? „30 Prozent Umsatzbeteiligung" — dann bin ich abgesichert, da: die Leute arbeiten und nicht sabbeln, denn wer hier nicht arbeitet, kriegt natürlich auch kein Geld ... „An Ihre Rente brauchen 'se doch auch nicht zu denken, bis dahin haben wir längst die Einheitsrente ... Und gesetzlich erlaubt ist das, wenn man das so macht, und, gucken Se doch, was **Sie und ich** da an Steuern sparen können, und krankenversichert sind Sie doch bei Ihrem Mann mit, oder? ..."

Irgendwie habe ich das dumpfe Gefühl, ich habe den falschen Beruf. Oder vielleicht hätte ich kein Kind kriegen sollen. Oder wäre es vielleicht am allerbesten, wenn ich nicht ausgerechnet als Frau auf die Welt gekommen wäre???

Frauen kommt!

1938
Zuviele Soldaten, zuwenig Hände
Frauen kommt
in die Fabriken
dreht für uns Granaten.

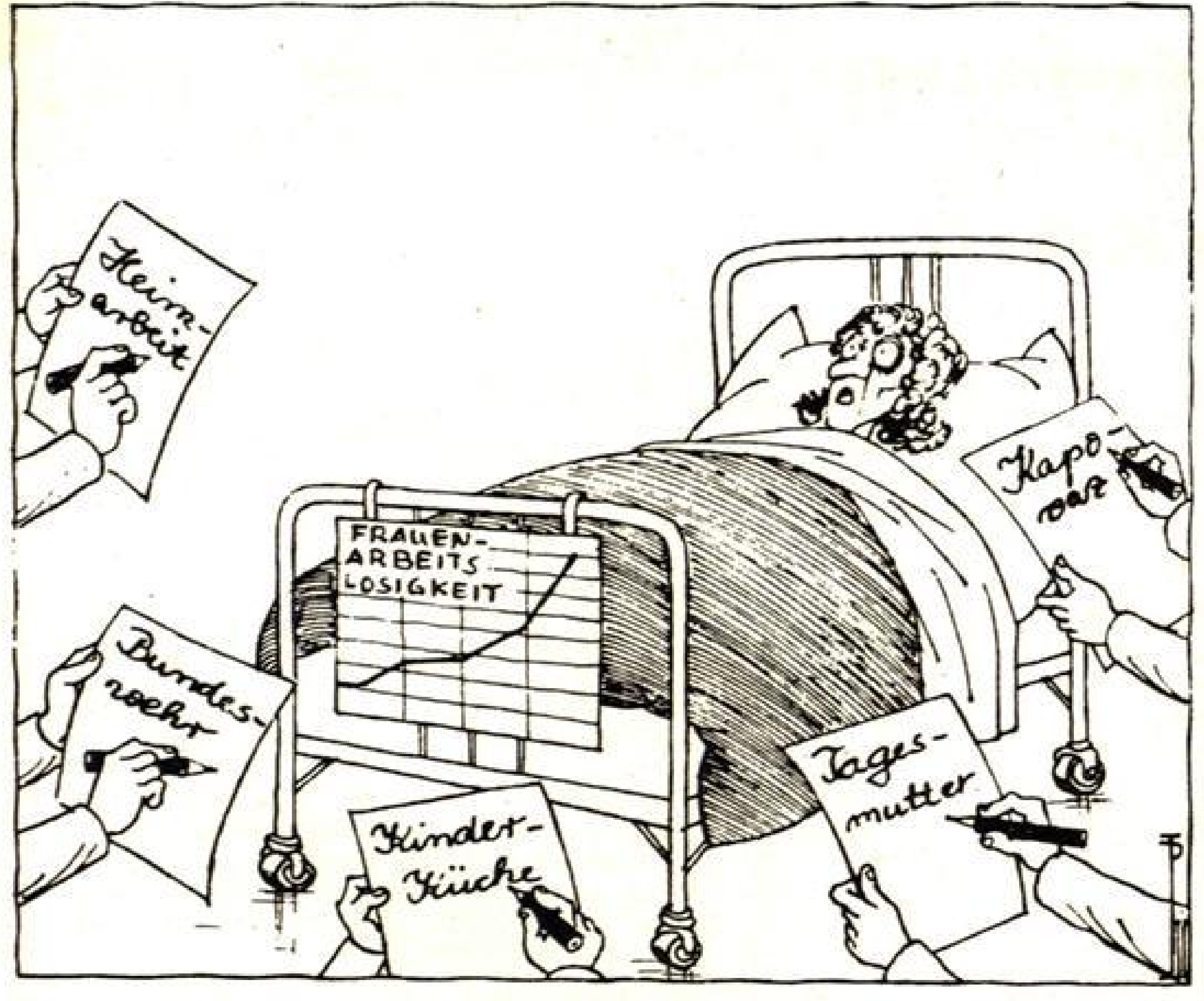
1948
Zuviele Gräber, zuwenig Hände
Frauen kommt
und macht den Trümmern
dieses Kriegs ein Ende

1968
Zuviele Maschinen, zuwenig Hände
Frauen kommt
in die Betriebe
ihr dürft jetzt mitverdienen

1978
Zuviel Maschinen, zuviele Hände
Frauen geht
wieder an den Herd
der Traum ist schon zu Ende

1985
Zuwenig Soldaten, zuviele Waffen
Frauen kommt
in die Kasernen
auch dort dürft ihr jetzt dienen

Letzte Strophe oder Refrain:
Das ist der Frauen Los
ausgenutzt und abgeschoben
nichts fällt uns in den Schoß
wenn wir 's nicht erkämpfen



An Rezepten fehlt es nicht

Interview mit einer arbeitslosen Kollegin

In unserer Stadt gibt es seit ca. zwei Jahren ein wöchentliches Arbeitslosentreffen im DGB-Haus, das von den Gewerkschaften BSE, GEW, HBV, IGM, ÖTV, und GTB getragen wird. Hierzu wurde breit eingeladen, häufig standen die Termine in der Tageszeitung. Ebenso ausführliche Berichte zu den besprochenen Themen, wie Jugendarbeitslosigkeit, Frauenarbeitslosigkeit und 35-Stunden-Woche. Zudem gibt es seit einem Jahr einen hauptamtlichen Sozialarbeiter beim DGB, der diese Treffen koordiniert, Seminare durchführt und Beratung und praktische Hilfen für Arbeitslose, auch Nichtgewerkschafter, anbietet. Allerdings ist seine Stelle eine ABM, die noch einmal um ein Jahr verlängert wurde.

Ich sprach mit einer Kollegin, die jetzt regelmäßig an den Treffen teilnimmt.

Frage: Wie lange bis Du schon arbeitslos?

A.: Eigentlich bin ich seit letztem Sommer arbeitslos. Ich hatte gerade mein Anerkennungsjahr als Sozialarbeiterin hinter mir und wurde nicht übernommen. Dann bin ich in eine größere Stadt umgezogen, weil ich dachte, daß ich da bessere Chancen hätte, war aber Fehlanzeige. Seit dem Frühjahr bin ich wieder hier, weil ich hier auch meinen Bekanntenkreis habe. Hier habe ich mich dann um eine ABM-Stelle beworben, in der ich auch schon einen Monat gearbeitet habe. Zwei Wochen nach Arbeitsbeginn wurde mir dann mitgeteilt, daß die Stelle gestrichen worden sei und die Stadt für mich leider keine Verwendung mehr hat. Wieder eine Seifenblase geplatzt.

Frage: Wie bist Du denn nun zu dieser Arbeitslosengruppe gestoßen?

A.: Auf einer Veranstaltung zum Thema Arbeitslosigkeit wurden diese Einladungen verteilt und da dachte ich, da kannst Du ja mal hingehen, auch wenn ich während meiner Ausbildung nicht soviel mit Gewerkschaften zu tun hatte. Zuerst wollte ich nur gucken, was da so gemacht wird und wer da hingeht und jetzt bin ich schon mittendrin.

Frage: Was macht ihr denn da so?

A.: Zum ersten einmal klönen. Ein Teil kommt nur unregelmäßig, um sich Informationen zu holen oder einfach bloß, um mal rauszukommen. Mittlerweile hat sich aber ein fester Stamm von Teilnehmern gebildet, der denn auch richtig arbeitet. Wir bereiten monatliche Treffen mit Schwerpunktthemen vor, wobei der hauptamtliche uns sehr von Nutzen ist oder laden Kollegen aus den Einzelgewerkschaften ein. Dann haben wir regelmäßig einen Stand vor dem Arbeitsamt gemacht, wo wir jetzt auch schon recht bekannt sind, so oder so. Zur Unterstützung für die 35-Stunden-Woche haben wir vormittags Geschäfte abgeklappert, um Plakate aufzuhängen. War 'ne gute Übung gegen den Langschläfertrott. Zu tun gibt es da eigentlich genug.

Frage: Gibt es bei Euch denn auch noch andere Initiativen?

A.: Ja, da gibt es Veranstaltungen und Seminare von den Kirchen, besonders der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt von den Evangelen und auch die CAJ sind da sehr aktiv und auch bei den Aktionen mischen sie immer kräftig mit. Und da gibt eine Arbeitslosenselbsthilfe, mit denen die Zusammenarbeit nach anfänglichen Schwierigkeiten recht gut läuft. So fordern wir gemeinsam die Einrichtung eines Arbeitslosenzentrums und Ermäßigungen für Arbeitslose von der Kommune.

Frage: Wie sieht das denn nun speziell mit den arbeitslosen Kolleginnen aus?

A.: Ja, da kommen erst mal sehr wenig zu unserem Treff und es machen auch wenig mit bei den Aktionen. Ich weiß, daß die, die vorher schon aktiv in der Gewerkschaft waren, auch weiterhin in ihren betreffenden Gremien arbeiten, wie z.B. im Frauenausschuß. Die Kolleginnen, die letztes Jahr in der Textilbranche wegen Schließung massenhaft arbeitslos geworden sind, treffen sich im Rahmen ihrer Gewerkschaft weiter, weil sie sich untereinander besser kennen und auch den Kontakt weiterhalten möchten.

Solche Kolleginnen, die vorher z.B. nur zahlendes Mitglied oder gar keins waren, erreichen wir praktisch fast nie, wenn, dann nur die jüngeren. Und die, die Kinder haben, sind in der ersten Zeit vielleicht ganz froh, weil sie ihren Hauskram besser geregelt kriegen, denn bekanntlich ist ja eine Frau mit Kindern eigentlich nie arbeitslos. Da müßte man eigentlich viel früher anfangen mit der Arbeit, wenn die Kolleginnen noch im Betrieb sind. Hinzu kommt, daß viele Frauen, die sowieso Teilzeit arbeiten und sich als Zuverdiener verstehen, oft gar kein gewerkschaftliches Interesse zeigen, und meinen, ein Engagement lohne sich sowieso nicht.

Ein besonderes Problem in meinem Arbeitsbereich, also bei den „sozial" Tätigen im öffentlichen Dienst, sind die vielen ABM-Stellen. Da wird hin und hergeschoben, von einem Jahr zum anderen. Man wird nie dauerarbeitslos und hat aber auch nie eine Dauerarbeitsstelle. In diesem einen Jahr ist man ja erst mal froh, daß man überhaupt was gekriegt hat und man auch seine Fähigkeiten unter Beweis stellen kann. Da neigt man auch eher dazu, sich etwas angepaßt zu verhalten, anstatt Forderungen zu stellen, weil man doch immer noch ein bißchen hofft, daß man vielleicht übernommen wird. Das ist allerdings in den meisten Fällen ein Traum. Auch wenn sich erwiesen hat, daß die Arbeit notwendig ist, wird man ohnmächtig vor die Tür gesetzt. Schluß — aus! Ich meine, daß wir gerade auch diese Kollegen in den Arbeitslosentreff einbeziehen müssen, um diesen Teufelskreis endlich aufzuknacken.

Frage: Was wünscht Du Dir für die Zukunft?

A.: Natürlich einen Job. Ich habe mir auch schon überlegt, daß ich nur eine Teilstelle annehme, weil mir 40 Stunden Sozialarbeit ganz schön an den Nerv gehen und ich gar keinen Platz mehr für mein Leben habe. Am besten wär natürlich, wenn wir das mit der 35-Stunden-Woche schaffen würden. Da hätten wir dann gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen.

Geschichte einmal marxistisch betrachtet

In den letzten Tagen und Wochen wird ein Ereignis, das 40 Jahre zurückliegt, in den Spalten der bundesdeutschen Zeitungen strapaziert. Ich meine die Invasion der Alliierten an der französischen Küste. Der derzeitige Kanzler Kohl, seines Zeichens Christdemokrat und 1944 tapferer Flakhelfer, ist zutiefst getroffen, daß er nicht zu den Gedenkfeierlichkeiten am 6. Juni, an dem die Spitzen der imperialistischen Staaten sich zusammenfinden, um ihren sich selbst aufgesetzten Glorienschein zu bewundern, nicht teilnehmen darf, wo er doch ein würdiger Vertreter der deutschen Imperialisten ist. Frankreich muß noch etwas Rücksicht nehmen auf die Volksmeinung — noch hat man nicht ganz die Verbrechen der Nazifaschisten vergessen, die im Namen Deutschlands begangen wurden. Da hilft es auch nicht, wenn Bonner Politiker meinen, sie waren damals noch Kinder oder Jugendliche. Gemessen werden sie an ihrer heutigen Politik.

Auffallend ist, daß die christdemokratischen Politiker eine große Aktivität an den Tag legen, um das Geschichtsbild der Deutschen aufzupolieren. Zimmermann verlangt besseren, das soll heißen an alte Traditionen anknüpfenden Geschichtsunterricht, wo nur große Leute wie Kaiser und Fürsten und Heerführer Geschichte machten und Kriege mit Raub und Plünderung zum Geschichtsbild zählten.

Damit das Geschichtsbild schön abgerundet erscheint, stellten und stellen die Herrschenden damals wie heute Hofhistoriker und Geschichtsschreiber ein, die die Geschichte so zu schreiben haben, wie es den Mächtigen gefällt. Damit das von ihnen verachtete und verdummte Volk auch noch seine Herrscher — Ausbeuter und Schinder als von Gott gesandt und als große Helden betrachten, denen zu dienen es eine Ehre ist.

Ist es heute anders? Nein. Die gegenwärtig in der BRD vorherrschende Geschichtsideologie ist durch die totale Niederlage des deutschen Imperialismus in zweiten Weltkrieg und durch das damit einsetzende Bemühen seiner Repräsentanten, darunter viele alte Nazis, im Schutze der imperialistischen Siegermächte und im engen Bündnis mit ihnen wiederzuerstehen, politisch entscheidend bestimmt worden. Diese Orientierung auf die Westmächte findet sich schon während des Weltkrieges bei Carl Goerdeler und anderen bürgerlichen Hitlergegnern (!). Sowie die Alliierten die Hoffnung hegten, daß die Hitler-Truppen die Sowjetunion vernichten würden und sie dann ihre imperialistischen Großmachtpläne erfüllen könnten. Besonders die USA hätten gern gesehen, wenn die Sowjetunion, der Sozialismus, vernichtend geschlagen wäre. Darum auch das Hinauszögern der von der UdSSR verlangten zweiten Front. Diese imperialistische USA-Politik kostete die Rote Armee Millionen Menschen. Nicht umsonst hat die UdSSR die größten Blutopfer im Krieg gegen den Faschismus gebracht. Als die Truppen der SU bei Stalingrad die Nazi-Truppen vernichtend geschlagen hatten und die Rote Armee unaufhaltsam auf die deutschen Grenzen zu marschierten. Da besann man sich, weil man befürchtete, daß die siegreiche Rote Armee Hitler-Deutschland allein schlagen könnte. Was ohne weiteres möglich gewesen wäre, wenn auch unter unsagbaren Opfern. Da plötzlich entdeckten deutsche Offiziere ihren Antifaschismus, sie wollten ihr bürgerliches Leben, ihren Besitz und ihre Machtstellung retten. Das waren die hauptsächlichen Gründe. Ihr bürgerliches Denken vermochte nicht zu erfassen, daß diese siegreiche Kraft der Roten Armee ihre letzte Ursache in der historischen Gesetzmäßigkeit der sozialistischen Bewegung hat, auf deren Grundlage die Sowjetunion selbst entstanden ist.

Die reaktionären Geschichtsideologen des westdeutschen Imperialismus unterstützen die Bonner Politik der Wende mit Atomraketen und Kriegsvorbereitung. Sie sind bestrebt, den vergangenen und gegenwärtigen deutschen Militarismus zu rechtfertigen und zu verklären. Für uns als Kommunisten stellt sich die Aufgabe nicht nur aus der Geschichte, auch aus der jüngsten Geschichte, zu lernen, sondern die geschichtlichen Zusammenhänge zu begreifen und zu untersuchen.

Diese Untersuchungen müssen sich stets auf die sichere, allseitig gesicherte Grundlage des historischen Materialismus stützen und auf die bereits vorliegenden allgemeinen und speziellen Ergebnisse der marxistischen Geschichtswissenschaft. Jenen dialektischen Erkenntnisweg gilt es bewußt zu beschreiten.

Wir müssen an Hand von Tatsachen deutlich machen, daß Historiker, Geschichtsschreiber, Pädagogen und Propagandisten in der BRD eine verlogene und falsche Ideologie in das Bewußtsein des Volkes hineintragen, gen, um der längst überholten und zum Sterben verurteilten Herrschaftsklasse, in deren Dienst sie stehen, das Leben zu verlängern.

H. D.

Im Wortlaut

Stellungnahme der Volksfront zum Gesetzesentwurf der Grünen für ein „Niederlassungsgesetz für Ausländer"

In unserem Land entwickelt sich Widerstand gegen Ausländerfeindlichkeit. Widerstand gegen die Pläne der Bundesregierung, die inzwischen über die „Rückkehrförderung" den Einstieg in eine umfassende Ausländervertreibungspolitik genommen hat, die reaktionäre Ausländergesetzgebung noch weiter zu verschärfen. Ein Widerstand, der diesen Plänen das Ziel entgegenstellt: Vollständige rechtliche, soziale, politische Gleichstellung von Ausländern und Deutschen! Der geplante bundesweite Marsch im Herbst ist ein deutlicher Ausdruck dafür.

Als Unterstützung für diese Bewegung und als positive Alternative zu den Vorstellungen der SPD über das Niederlassungsrecht verstehen die Grünen im Bundestag ihren jüngsten Vorstoß: Die Vorlage eines „Niederlassungsgesetzes". Dieses Gesetz wird in der nächsten Zeit in der Bewegung gegen Ausländerfeindlichkeit relativ ausführlich diskutiert werden. Dem wollen wir auch im „Roten Morgen" Rechnung tragen. Wir beginnen mit der Dokumentation einer Erklärung des Arbeitskreises „Ausländer" beim Volksfront-Vorstand. Meinungen und Erfahrungen von Lesern sind auch in dieser Diskussion wieder sehr erwünscht.

Im April 1984 haben DIE GRÜNEN einen Entwurf für ein „Niederlassungsgesetz für Ausländer" vorgelegt. In der Begründung dazu heißt es, daß Ausländer „möglichst umfassend die gleichen Rechte und Pflichten wie deutsche Staatsangehörige haben sollen".

Wir begrüßen diesen Gesetzesentwurf, weil er der bisher weitestgehende Vorstoß einer Bundespartei ist, die Rechtsstellung der Einwanderer zu verbessern, weil er die Diskussion über die rechtliche Gleichstellung der Einwanderer fördert und diese ernsthaft anstrebt. Als bisher einzige Partei im Bundestag nehmen die GRÜNEN die Forderung nach demokratischen Rechten für Einwanderer ernst (Wahlrecht).

DIE GRÜNEN wollen die Gültigkeit des Ausländergesetzes für alle Ausländer beseitigen, die sich acht Jahre hier aufgehalten haben bzw. fünf Jahre unselbständig gearbeitet haben. Das gilt auch für ihre Familienangehörigen. Sie sollen vor Ausweisung geschützt sein, ohne Arbeitserlaubnis freien Zugang zum Arbeitsmarkt haben, in bezug auf Sozialleistungen und Ausbildung gleichgestellt sein und die gleichen politischen Rechte wie Deutsche bekommen.

Das Niederlassungsrecht verzichtet auf jegliche Assimilationsforderung. Ausländer, die die Voraussetzungen erfüllen, können einen schriftlichen Antrag stellen und haben dann einen Rechtsanspruch auf die Erteilung der Niederlassungsberechtigung. DIE GRÜNEN verfolgen mit dem Gesetzesentwurf den Zweck, die besondere politische Unterdrückung ausländischer Arbeiter zu beseitigen, ihre Rolle als Konjunkturpuffer abzumildern und jegliche rechtliche Benachteiligung zu beseitigen. So setzen sie dem Versuch der Bundesregierung, die Rechte der ausländischen Arbeiter noch weiter zu beschränken, eine wirksame Alternative entgegen.

Wir möchten trotzdem nicht darauf verzichten, **unsere Kritik** zu formulieren, da der Gesetzentwurf in verschiedener Hinsicht inkonsequent ist.

1. Nur diejenigen Ausländer sollen die Niederlassungsberechtigung erhalten, die einen **schriftlichen Antrag** stellen. Das bedeutet, daß z.B. das Wahlrecht nur der ausländische Arbeiter ausüben kann, der einen Antrag auf Niederlassungsberechtigung stellt. DIE GRÜNEN weisen selbst darauf hin, daß von den 1,8 Millionen Ausländern aus Nicht-EG-Staaten, die die Voraussetzungen zur Erteilung der Aufenthaltsberechtigung erfüllen, nur 93500 Ausländer einen erfolgreichen Antrag gestellt haben. Von den 3 Millionen Ausländern aus Nicht-EG-Staaten, die die Voraussetzung für die Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis erfüllen, haben nur 950000 einen erfolgreichen Antrag gestellt.

Es ist klar, daß die Antragstellung als Voraussetzung für eine „Verfestigung des Aufenthaltsstatus" ein starkes Hindernis ist. Zwar sollen 90 Prozent der Ausländer nach Angaben der GRÜNEN einen Anspruch auf die Niederlassungsberechtigung haben, aber wieviele werden dann tatsächlich einen Antrag stellen? Gleichberechtigung auf Antrag ist ein Widerspruch in sich. So kann man die rechtliche Gleichstellung **aller** Ausländer nie erreichen.

In der Antragstellung steckt außerdem eine Diskriminierung gegenüber deutschen Staatsbürgern. Denn diese müssen nicht erst einen Antrag stellen, bevor sie politische Rechte besitzen. Warum sollen denn nur diejenigen Ausländer die gleichen Sozialleistungen bekommen, die einen Antrag darauf stellen. **Die rechtliche Gleichstellung aller Einwanderer ist nur dadurch zu erreichen, daß sie vom Staat kollektiv zugestanden wird.** Kollektive Gleichberechtigung kann nicht Sache eines individuellen Antrags jedes einzelnen Ausländers sein. Der bürgerlich-liberale Freiheitsbegriff, den alle Bundestagsparteien in diesem Punkt teilen und der offenbar auch die „Freiheit" einschließt, ein Mensch zweiter Klasse sein zu können, steht dem Ziel DER GRÜNEN im Wege, die Rechtsstellung der Ausländer als Masse, der der deutschen Staatsbürger anzugleichen.

2. Die Niederlassungsberechtigung soll **frühestens nach fünf Jahren** erteilt werden. Vorher ist ein Einwanderer dem Ausländergesetz unterworfen, das seine „Anpassungsleistungen" prüft. Obwohl DIE GRÜNEN einerseits Assimilation als Voraussetzung der Niederlassungsberechtigung ablehnen, halten sie offensichtlich doch daran fest, daß Einwanderung ein Prozeß der Assimilation ist, den man nicht mit der rechtlichen Gleichstellung **beginnen** kann. Diese ist vielmehr in ihren Augen **der Abschluß** eines Einwanderungs**prozesses.** „Einwanderung ist (...) als langsamer — sich u. U. über Generationen erstreckender — Prozeß zu begreifen, für den die Alternative der Einbürgerung einerseits oder der Unterordnung unter die Rechtsunsicherheit des allgemeinen Ausländerrechts andererseits nicht angemessen ist." (Allgemeine Begründung zum Gesetzesentwurf S. 6—7) „Vielmehr muß eine Zwischenstufe etabliert werden, die aber als Abschluß des Einwanderungsprozesses auch die Option der Einbürgerung eröffnet."

Daß jede Einwanderung auch ein Prozeß der Umstellung und Eingewöhnung, auch der Anpassung ist, ist unbestritten. Aber es ist unserer Meinung nach mit konsequenten demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar, die rechtliche Gleichstellung ebenfalls als Prozeß der Verfestigung, der schrittweisen Verbesserung zu begreifen. Wir lehnen „Integration" als Voraussetzung der rechtlichen Gleichstellung der Einwanderer ab. DIE GRÜNEN teilen in diesem Punkt weitgehend die Vorstellungen der SPD. Die Innen- und rechtspolitische Kommission beim SPD-Bundesvorstand schreibt in ihren Leitsätzen für ein „Bundesausländergesetz" vom 14.3.1984: „Mit zunehmender Dauer des auf längere Frist angelegten Aufenthalts tritt die Verfestigung des Aufenthaltsrechts nach folgendem Schema ein": 1. Aufenthaltserlaubnis ein Jahr. 2. Erste Verlängerung um zwei Jahre. 3. Zweite Verlängerung um zwei Jahre. 4. Dritte Verlängerung in Form der Aufenthaltsberechtigung nach fünf Jahren. 5. Niederlassungsrecht nach acht Jahren als „Vorstufe oder Alternative zur Einbürgerung". 6. Einbürgerung nach zehn Jahren.

Da DIE GRÜNEN die Einwanderung als Prozeß begreifen, müssen sie sich notgedrungen mit der Existenz des Ausländergesetzes abfinden für diejenigen Einwanderer, die noch nicht integriert genug sind. Wir sind der Meinung, daß **die Absichtserklärung eines Einwanderers, auf längere Zeit in der BRD arbeiten und leben zu wollen, völlig ausreicht, um die rechtliche Gleichstellung zuzugestehen. Wir halten dafür eine Frist von einem halben Jahr bis einem Jahr für völlig ausreichend.** Eine Frist von fünf Jahren bzw. 8 Jahren ist unzumutbar. Sie schafft Ausländer zweier Klassen. Zu diesen Ausländern minderer Rechtsstellung kommen ja noch die dazu, die schon länger als acht Jahre hier sind, aber keinen Antrag auf Niederlassungsberechtigung stellen.

3. Unserer Meinung nach sollte die Einbürgerung nicht der Abschluß eines Einwanderungsprozesses sein, sondern der Anfang. Die Einbürgerung sollte ohne jede Voraussetzung an Assimilation obligatorisch zugestanden werden. Allerdings nur unter Beibehaltung der alten Staatsbürgerschaft (doppelte Staatsbürgerschaft) (vgl. Harald Heinzel, Obligatorische Einbürgerung in Die Brücke Nr. 18 April/Mai 1984 S. 8—9). Wir denken, daß nur die obligatorische Einbürgerung die völlige rechtliche Gleichstellung verwirklichen kann. Die deutsche Staatsbürgerschaft ist nichts anderes als ein Ausweis, durch den man die rechtliche Gleichstellung in der Tasche hat. Sie hat nichts damit zu tun, daß jemand auch von seiner Nationalität her „Deutscher" wird. Sie ist die juristische Form der Gleichberechtigung.

Die Beibehaltung der alten Staatsbürgerschaft ist einerseits notwendig, um die Einbürgerung zu erleichtern, andererseits läßt nur die doppelte Staatsbürgerschaft die Möglichkeit der Rückkehr offen. Solange ein Einwanderer sich in der BRD aufhält, ruhen die Rechte und Pflichten aus einer alten Staatsbürgerschaft. Frauke Decker hat die doppelte Staatsbürgerschaft als die „effektivste und nachhaltigste Lösung der bürgerrechtlichen Probleme der Migration" bezeichnet (Ausländer im politischen Abseits, Frankfurt 1982, S. 91).

DIE GRÜNEN dagegen wollen den Niederlassungsberechtigten nur dann die deutsche Staatsbürgerschaft „verleihen", „wenn sie aus ihrer bisherigen Staatsangehörigkeit entlassen werden" (§ 16 Abs. 1) bzw. wenn das nicht möglich ist, auf ihre bisherige Staatsbürgerschaft „schriftlich verzichten" (§ 16 Abs. 2). In diesem Punkt ist das sogar eine Verschärfung des bisherigen Ausländerrechts, eine Erschwernis der Einbürgerung. Denn die Forderung, die alte Staatsbürgerschaft aufzugeben, kann als Haupthindernis angesehen werden, die Einbürgerung zu beantragen. Die doppelte Staatsbürgerschaft auszuschließen, bedeutet unausgesprochen, daß die GRÜNEN eben doch einen Anpassungsprozeß voraussetzen, „eine freiwillige Hinwendung zu Deutschland", wie sie die geltenden Einbürgerungsrichtlinien verlangt. Dabei ist es natürlich ein Fortschritt, daß die GRÜNEN alle anderen Voraussetzungen außer dieser fallenlassen.

Nur bei Kindern niederlassungsberechtigter Ausländer, die **hier geboren wurden und leben,** wollen DIE GRÜNEN bis zum 25. Lebensjahr die doppelte Staatsbürgerschaft generell zulassen. Hier gehen sie wesentlich weiter als das geltende Ausländerrecht. Aber was ist mit denen, die mit drei oder sieben Jahren hierhin nachgezogen sind? Auch hier die unausgesprochene Vermutung, daß diese nicht integriert genug sind, um ihnen die doppelte Staatsangehörigkeit zuzugestehen. Die Bevorzugung von Kindern und Jugendlichen bis zum 25. Lebensjahr gegenüber Erwachsenen Einwanderern geht ebenfalls von der Vorstellung einer stufenweisen Integration aus. **Wir verlangen gleiche Rechte für alle Einwanderer unabhängig vom Alter oder vom Geburtsland.**

Wir verkennen nicht, daß sich DIE GRÜNEN zu Recht gegen „Assimilationsdruck" aussprechen. In ihrem Nachtrag zum Europaprogramm 1984 heißt es: „Wir wenden uns gegen jeden Assimilationsdruck und lehnen daher die Kopplung der rechtlichen Gleichstellung an den Zwang zur Einbürgerung ab." (S. 15) Auch unserer Meinung nach sollte die Einbürgerung nicht an „Assimilationsdruck" gebunden sein. Die Aufgabe der alten Staatsbürgerschaft als Voraussetzung der Einbürgerung ist aber ein „Assimilationsdruck". Hier widersprechen sich DIE GRÜNEN selbst. Sie fallen noch hinter die Vorstellungen von Liberalen (Lieselotte Funcke) oder anderen zurück, die die doppelte Staatsbürgerschaft erleichtern wollen.

4. Das Niederlassungsrecht ist **nicht geeignet, die Frage der politischen Gleichberechtigung konsequent zu lösen.** Der Begriff **Niederlassung** bedeutet „die Begründung einer beruflichen Tätigkeit am Ort" (vgl. Maunz, Dürig, Kommentar zum Grundgesetz Art. 74). Der Begriff Niederlassung soll die Auffassung DER GRÜNEN dokumentieren, daß die BRD ein Einwanderungsland ist. Hierin liegt ein gewaltiger Fortschritt im Verhältnis zum bestehenden Ausländergesetz, das nur den **Aufenthalt** von Ausländern kennt, der entweder erlaubt wird oder zu dem man berechtigt ist. Aufenthalt ist „ein Verweilen" (Schmidt-Bleibtreu, Klein, Kommentar zum GG, Neuwied 1977, S. 653).

Hierin spiegelt sich im Juristendeutsch wider, daß die BRD nicht als Einwanderungsland betrachtet wird und die Ausländer sich deswegen nur vorübergehend hier aufhalten und dann zurückkehren sollen.

Die Niederlassungsabkommen, die die BRD seit 1955 mit verschiedenen Ländern abgeschlossen hat, regeln ausschließlich die Bedingungen des Aufenthalts in der BRD bzw. den Vertragsstaaten. Im Aufenthaltsgesetz EWG vom 31.1.1980 beschränkt sich der Begriff „Niederlassung" zudem auf „selbständig Erwerbstätige". Arbeiter dagegen genießen „Freizügigkeit". Das Niederlassungsrecht soll also ausschließlich den Aufenthalt sicherer machen. Es bezieht sich streng genommen nicht auf die politischen Rechte. In einem ersten Entwurf der SPD zu einem Bundesausländergesetz vom 8.12.83 hieß es deswegen unter § 9 Niederlassungsrecht: „Ein Ausländer, der sich aufgrund einer Aufenthaltserlaubnis (...) acht Jahre im Geltungsbereich dieses Gesetzes aufgehalten hat, erhält auf Antrag die Stellung **eines Angehörigen eines Mitgliedsstaats der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft."**

Daraus ergibt sich, daß die Vorstellungen über politische Rechte für Einwanderer, wenn sie mit dem Niederlassungsrecht verknüpft werden, völlig unterschiedlich sind. Die SPD erklärte in ihren Leitsätzen vom 14.3.1984 zum Thema Niederlassungsrecht: „Es beinhaltet eine (?!) Gleichstellung des Ausländers hinsichtlich seiner Rechte und Pflichten mit einem Deutschen", nimmt aber Wahlrecht, Beamtenstatus und Wehrpflicht ausdrücklich aus. DIE GRÜNEN beziehen dagegen das Wahlrecht ein. Die Initiative Gleichberechtigung „Integration" aus Berlin schließt dagegen nur das kommunale Wahlrecht ein.

DIE GRÜNEN und die SPD schließen die Wehrpflicht aus, die Humanistische Union, die IAF u.a. schließen sie dagegen im Niederlassungsrecht ein. DIE GRÜNEN halten die Niederlassungsberechtigung für unwiderruflich (außer bei Rechtsfehlern), die HU u.a. denken daran, das Niederlassungsrecht zu widerrufen „wegen hartnäckiger Zuwiderhandlungen gegen prinzipielle Wertentscheidungen des Grundgesetzes, namentlich die Gleichberechtigung von Mann und Frau." (Ausländer sind Mitbürger, Memorandum zur Ausländerpolitik von HU u.a. Juli 1983, S. 23)

In bezug auf die politischen Rechte ist das Niederlassungsrecht im Gegensatz zur obligatorischen Einbürgerung unter Beibehaltung der alten Staatsbürgerschaft offen für alle möglichen Kompromisse und Abstriche von der völligen Gleichberechtigung. Dabei besteht kein Zweifel, daß die GRÜNEN bisher die weitestgehenden Vorstellungen mit dem Niederlassungsrecht verbinden.

Die doppelte Staatsbürgerschaft ist der konsequenteste Zugang zur völligen Gleichstellung aller Einwanderer (vgl. Argumente zum Thema: Doppelte Staatsbürgerschaft, Hg. Volksfront, Mai 1984). Von daher ist das Niederlassungsrecht tatsächlich nur als eine „Zwischenstufe" zu begreifen unterhalb der völligen rechtlichen Gleichstellung aller Einwanderer.

Wir freuen uns jedoch sehr darüber, daß die GRÜNEN die Diskussion in diese Richtung vorantreiben. Wir würden es für eine wesentliche Verbesserung ihres Gesetzesentwurfs halten, wenn sie folgende **Änderungsvorschläge** aufnehmen würden:

1. Die Niederlassungsberechtigung wird nicht auf schriftlichen Antrag, sondern obligatorisch zuerkannt.
2. Die Frist vor Erteilung der Niederlassungsberechtigung wird auf ein halbes bis ein Jahr gesenkt.
3. Nicht nur die hier geborenen Kinder von Niederlassungsberechtigten, sondern alle Kinder von Niederlassungsberechtigten erhalten auf Antrag die doppelte Staatsbürgerschaft ohne Entlassung aus der bisherigen Staatsbürgerschaft.
4. Nicht nur die Kinder, sondern auch die Niederlassungsberechtigten selbst erhalten auf Antrag die deutsche Staatsbürgerschaft ohne Aufgabe ihrer bisherigen Staatsbürgerschaft.

Wir halten zwar auch bei der Einbürgerung die Antragsteller für inkonsequent, glauben aber, daß es schon ein wesentlicher Fortschritt wäre, wenn DIE GRÜNEN sich dazu entschließen könnten, überhaupt die doppelte Staatsbürgerschaft als geeignete Form der Einbürgerung für alle Einwanderer anzuerkennen.

Arbeitskreis Ausländer beim Bundesvorstand der Volksfront
26. Mai 1984

Infomaterial

Der Gesetzesentwurf der Grünen kann bei den Grünen in Bonn bestellt werden. Telefonverbindungen: Grünen-Geschäftsstelle: (0228) 692021; Bundestagsfraktion: (0228) 164845; der Zuständige für Ausländerfragen: (0228) 169027. Als Fotokopie ist er auch über das Büro der KPD, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30, Tel. (0231) 433691 zu erhalten.

Im KPD-Büro kann man selbstverständlich auch den Entwurf unseres Ausländerprogramms bestellen.

Die Volksfront hat Informationsbroschüren hergestellt. Eine, die sich mit vielen Argumenten gegen doppelte Staatsbürgerschaft auseinandersetzt, und eine, die Vorstellungen verschiedener Parteien und Organisationen zum Niederlassungsrecht dokumentiert (diese Broschüre enthält auch die in diesem RM dokumentierte Stellungnahme). Preis je Broschüre 2,— DM. Zu bestellen über die Geschäftsstelle der Volksfront, Maria-Hilf-Str. 31, 5100 Aachen, Tel.: (0241) 36362.

In Italien und weltweit bekundet die Bourgeoisie dem verstorbenen Führer der KPI ihren Respekt. Daß das ehrlich gemeint sei, ist kaum zu bezweifeln. Das „Handelsblatt" schreibt: „Enrico Berlinguer war, obwohl Führer der Opposition, in gewisser Weise ein stabilisierender Faktor der italienischen Opposition, in gewisser Weise ein stabilisierender Faktor der italienischen Innenpolitik". So kann man es sagen.

Andererseits: Als die KPI-Zeitung „Unita" mit der Schlagzeile erschien „Wir lieben Dich, Enrico", verlieh sie ohne Zweifel Gefühlen Ausdruck, die Millionen italienischer Arbeiter beim Tode Enrico Berlinguers teilten. Auch das ist eine Tatsache.

Berlinguer gilt als der Begründer des Eurokommunismus. Davon aber ist nicht viel übrig geblieben: die revisionistische Partei Spaniens befindet sich — durch interne Kämpfe bis hin zur offenen Spaltung zerrissen — auf einem Tiefpunkt ihres Masseneinflusses. Die revisionistische Partei Frankreichs hat ohnehin immer nur dann Anleihen beim sogenannten Eurokommunismus gemacht, wenn es wahltaktisch geboten schien. In Europa ist die revisionistische Partei Italiens die einzige „eurokommunistische" Partei mit Gewicht geblieben.

Zum Tode von Enrico Berlinguer

Berlinguers Eurokommunismus wird vor allem als Weg aus der Abhängigkeit von der Sowjetunion aufgefaßt. Als Begründer dieses sogenannten nationalen italienischen Weges zum Sozialismus kann Berlinguer nicht gelten. Togliatti, der die KPI auf den Weg des modernen Revisionismus brachte, hatte diesen „nationalen Weg" bereits skizziert, aber noch nicht öffentlich verkündet. Berlinguer soll daran mitgewirkt haben, daß der Nachfolger Togliattis, Luigi Longo in seiner Trauerrede zu Togliattis Tod den „nationalen Weg" als dessen Vermächtnis verkündete.

Berlinguer aber hat, nachdem er 1972 zum ersten Sekretär der KPI gewählt wurde, den Distanzierungsprozeß von der Sowjetunion zunehmend nicht mehr nur mit der Notwendigkeit eines „nationalen Weges" begründet, sondern mit der Kritik an der sowjetischen Innenpolitik. Das Schlüsselwort dafür hieß Pluralismus. Berlinguers Kritik am System der revisionistischen Länder war nicht die, daß dort die neuen Bourgeoisien an der Macht sind und nicht die Arbeiterklassen, nicht der Mangel an Demokratie für die Arbeiterklasse und das werktätige Volk war Gegenstand der Kritik, sondern der Mangel an Freiheiten für die verschiedenen Spielarten der westlichen bürgerlichen Ideologien. Berlinguer beschränkte sich nicht darauf, wie die modernen Revisionisten im allgemeinen die These des parlamentarischen Weges zum Sozialismus zu propagieren, er verkündete — hier liegt der Kern der Pluralismus-Debatte —, daß der Sozialismus parlamentarisch sein müsse. Die Führung der KPI, die Vorkämpferin des modernen Revisionismus war, hatte inzwischen erfahren, daß in den Augen der Bourgeoisie die Regierungsfähigkeit der KPI nur gegeben war, wenn sie programmatisch auf jede Systemveränderung verzichtete.

Aber in den Augen des Großteils der proletarischen Parteibasis verbindet sich mit der Pluralismus-Formel die Kritik an den undemokratischen Verhältnissen in der Sowjetunion und den anderen revisionistischen Ländern. Die Politik Berlinguers gegenüber der Sowjetunion und dem revisionistischen Lager insgesamt stieß deshalb in der italienischen Arbeiterklasse auf überwiegend starke Zustimmung.

Anders verhält es sich mit einer anderen Wende in der Politik der KPI, die untrennbar mit dem Namen Enrico Berlinguers verbunden ist: der Konzeption des „historischen Kompromisses", also der von Berlinguer angestrebten Koalition mit den italienischen Christdemokraten. Berlinguer präsentierte den „historischen Kompromiß" als Konsequenz aus dem Sturz der Allende-Regierung in Chile. Die Regierung der Unidad Popular in Chile war von den modernen Revisionisten überall als Beleg für die Möglichkeit des friedlichen Weges zum Sozialismus angeführt worden. Der blutige konterrevolutionäre Putsch der chilenischen Reaktion und des US-Imperialismus brachte die gesamte Strategie des friedlichen Weges ins Zwielicht. Während die modernen Revisionisten im allgemeinen bemüht waren darzulegen, daß das Scheitern der Unidad Popular in Chile kein Beweis gegen die „Strategie des friedlichen Übergangs" war, erklärte Berlinguer, daß Chile schon zeigen würde, daß die Basis der Linkskräfte zu schmal sei. („Es ist sinnlos, mit 51 Prozent der Stimmen zu regieren.") und begründete so die Notwendigkeit einer breiten Übereinkunft, deren Achse das Bündnis mit der Democrazia Cristiana sein sollte.

In Wirklichkeit war der „historische Kompromiß" wohl weniger eine Konsequenz aus den Vorgängen in Chile als aus der Entwicklung in Westdeutschland, wo die SPD über eine große Koalition mit der CDU regierungsfähig geworden war. Berlinguer wußte auch, daß die KPI mit der NATO ins Reine kommen mußte, wenn sie für die italienische Bourgeoisie regierungsfähig werden sollte. So prägte er die makabre Formel vom „Sozialismus im Schutz der NATO".

Als ZK-Mitglied betrieb Berlinguer unter der Führung Togliattis die revisionistische Entartung der KPI. Als er 1972 die Führung der Partei übernahm, war sie längst revisionistisch entartet. Berlinguers ganzes Bestreben war nun darauf gerichtet, die KPI für die Bourgeoisie als Regierungspartei akzeptabel zu machen. Die Sozialdemokratisierung der KPI im westdeutschen Sinne — darum ging es Berlinguer.

Nicht mehr auf „Sparflamme":

Entwicklungshilfe für Chile

Bonn sichert Privatinvestitionen ab

Die Bonner Wenderegierung ist zur Zeit dabei, die eigentlich seit dem Putsch von 1973 gestoppte Entwicklungshilfe nach Chile wieder zu forcieren. Zwar sind vor allem die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den westdeutschen Imperialisten und den Generälen in Santiago nie gekappt worden, die staatliche Förderung der westdeutschen Wirtschaftsinteressen in Chile lief jedoch auf Sparflamme.

Drei Organisationen sind es vor allem, die jetzt eine Menge Projekte in die Hand genommen haben, die die Bande zwischen Bonn und Pinochet wieder enger knüpfen: die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), die Kreditanstalt für den Wiederaufbau (KfW) und die Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligung in Entwicklungsländern (DEG). Bei diesen zwar staatlichen Organisationen — die aber ausschließlich im Dienste westdeutscher Wirtschaftsunternehmen arbeiten — wird deutlich, daß von Entwicklungshilfe im eigentlichen Sinne gar nicht die Rede sein kann, höchstens von Entwicklungshilfe für Kapitalisten.

Beim Besuch des chilenischen Junta-Finanzministers Cacaeres im März in Bonn wurden unter anderem folgende Projekte geplant bzw. schon konkret in die Wege geleitet: Die GTZ unterstützt mit Mitteln des Bundes die Teilnahme chilenischer Firmen an westdeutschen Messen und Ausstellungen. Bereits zweimal hat das seit März stattgefunden. — Kontaktmöglichkeiten für chilenische und westdeutsche Kapitalisten auf Kosten der Steuerzahler.

Die Kreditanstalt für den Wiederaufbau aus Frankfurt wird nach Angaben der Grünen ein großes Investitionsvorhaben eines westdeutschen Raffinerieunternehmens im chilenischen Kupferbergbau mit Export- und Investitionskrediten fördern. Eine Delegation der KfW hat dazu erst kürzlich Chile besucht. Auch bei diesem Projekt ist die Art der Entwicklungshilfe deutlich: Staatliche Gelder für einen Konzern, der an der Ausbeutung der chilenischen Arbeiterklasse und der Bodenschätze des Landes teilhaben will.

Auch die dritte bekanntgewordene Entwicklungshilfemaßnahme liegt auf der Linie der vorhergehenden: die Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern aus Köln sicherte einer chilenischen Delegation zu, einen Antrag auf Entsendung eines (west)deutschen Wirtschaftsberaters „wohlwollend" zu prüfen. Es handelt sich dabei um die Prüfung von Möglichkeiten betrieblicher Kooperation zwischen westdeutschen und chilenischen Firmen mit staatlicher Unterstützung aus Bonn.

Namibia

SWAPO-Führer verhaftet

Nur wenige Tage nach dem Besuch des südafrikanischen Regimechefs Pieter Botha in Westeuropa hat seine Polizei in Namibia zugeschlagen: 37 führende Mitglieder der Befreiungsfront SWAPO wurden verhaftet.

Botha, der in den westlich-imperialistischen Staaten von Seiten der Herrschenden höchstens mal pressewirksam einen erhobenen Zeigefinger als Kritik einstecken mußte, führt seine Politik der Rassendiskriminierung, der Ausbeutung und Großmachtstellung im südlichen Afrika ungehindert weiter.

Grundlage der Polizeiaktion der südafrikanischen Behörden sind die sogenannten Sicherheitsgesetze Südafrikas. Darin hat das Rassistenregime verfügt, daß Personen ohne Angabe von Gründen festgenommen werden und mit Gefängnisstrafe belegt werden können. In Windhuk in Namibia, einem Staat, der von Südafrika besetzt gehalten wird, fand die Verhaftungsaktion statt. Unter den Festgenommenen befinden sich der stellvertretende nationale Vorsitzende der SWAPO, Daniel Tjogarero, der außenpolitische Sprecher der Befreiungsfront, Nico Bessinger, und der weiße Rechtsanwalt Anton Lubowski.

Die SWAPO war gerade mit einer Stellungnahme an die Öffentlichkeit getreten, in der der neueste Plan des südafrikanischen Machthabers Botha kritisiert worden ist. Diesen Plan, der die Machtübernahme westlicher Staaten in Namibia vorsieht, kritisierte die SWAPO als ein Manöver, um die Kolonialherrschaft zu verewigen. Südafrika müsse sich, so die Befreiungsfront, der Forderung des namibischen Volkes und der internationalen Öffentlichkeit nach Unabhängigkeit des Landes stellen. Weiter heißt es in der Erklärung, solange dieses Recht nicht anerkannt werde, gehe der Kampf gegen die Kolonialherrschaft weiter.

Der Namibische General-Administrator Willie van Niekerk verteidigte die Verhaftungsaktion und kündigte „weitere Schritte" — d. h. weiteren Terror gegen die SWAPO an. Er sagte, für die SWAPO sei „kein Platz" auf dem Territorium des Landes. Aber selbst die katholische Kirche in Namibia nannte die Verhaftung „unglaublich". Auf Gelände der Kirche waren die Verhaftungen vorgenommen worden. Ein SWAPO-Führer, Witbooi, vertrat die Auffassung, die Aktion gegen seine Organisation zeige, daß es „unsinnig" sei, wenn Pieter Botha während seiner Europa-Reise von „Friedens-Initiativen" spreche. Immerhin unterstünden die Sicherheitskräfte in Namibia direkt dem Polizeihauptquartier in Pretoria.



„Apartheid nein! Botha raus" — trotz vieler Schikanen und Verbote wurde der südafrikanische Rassistenchef auch von Antiimperialisten in der Bundesrepublik „begrüßt". Unser Bild zeigt eine Demonstration in Bonn in der vergangenen Woche.

—Information + Solidarität —







Das Plakat auf den Seiten 6 und 7, sowie die hier abgebildeten Poster und das Buch „Brennpunkt Zentralamerika" können bestellt werden beim RM-Verlag, Postfach 300526 in 4600 Dortmund 30. Preise: Plakat pro Stück 3,— DM (incl. Porto). Das Buch, 192 Seiten mit vielen Bildern und Karikaturen 11,80 DM.

Meldungen

10000 in London



Abordnungen der 140000 seit mehr als drei Monaten streikenden britischen Bergarbeiter demonstrierten vergangenen Donnerstag in London. Rund 10000 Kumpel aus Schottland, Yorkshire, Wales und anderen Regionen kamen in die Hauptstadt und forderten „Kohle statt Arbeitslosigkeit" oder „Rettet unsere Zechen". Viele Bergarbeiterfrauen waren in der Demonstration, die vom Bergarbeiter-Gewerkschaftsführer Arthur Scargill angeführt wurde.

Häftlinge vor dem Tode

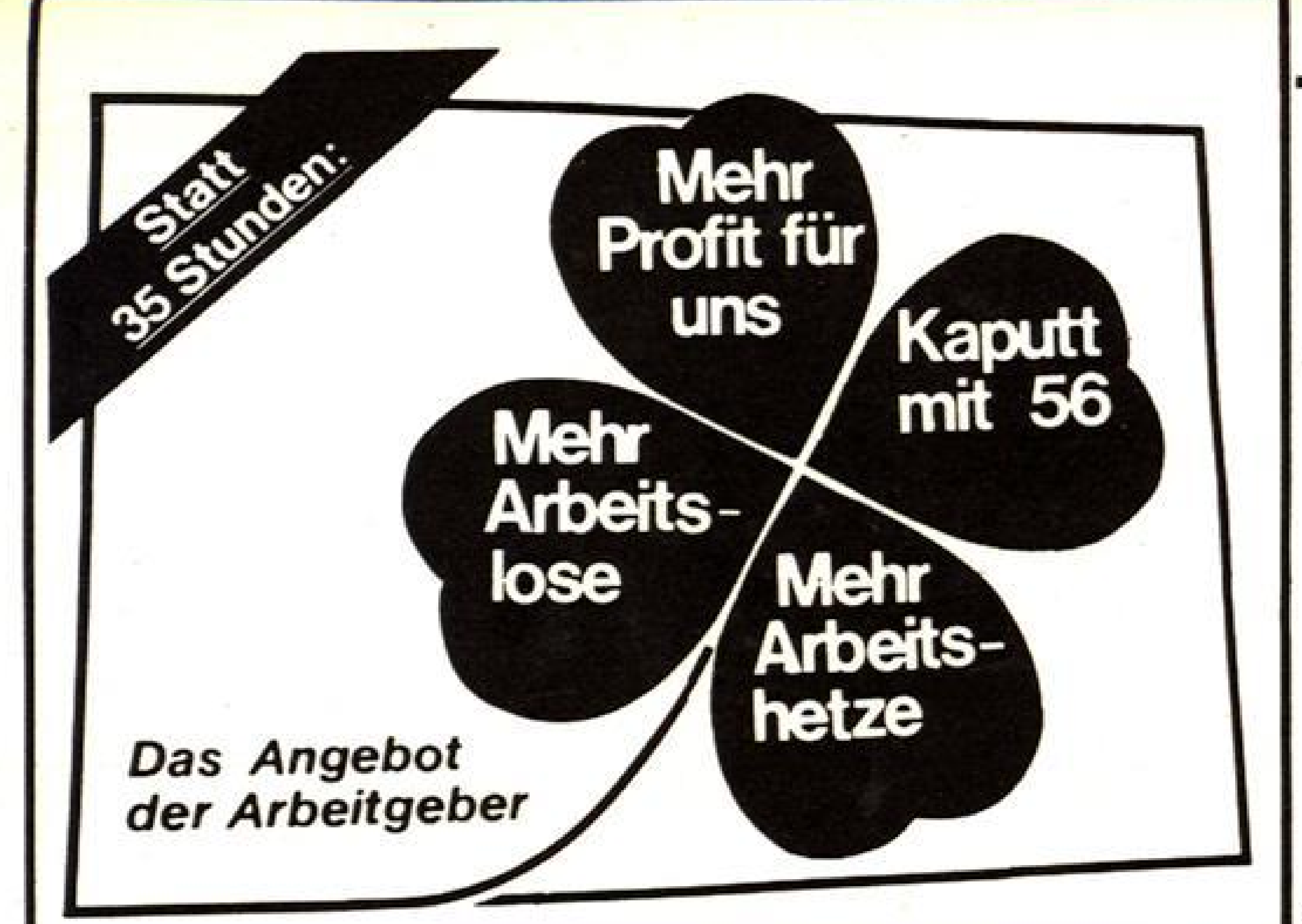
Türkei. — 18 politische Gefangene in der Türkei befinden sich in akuter Lebensgefahr. Die Gefangenen, wegen Mitgliedschaft in oder Aktivitäten für linke Organisationen angeklagt, waren am 11. April in den Hungerstreik getreten. Aus den Gefängnissen Metris und Sagmalcilar wurden sie jetzt in das Militärkrankenhaus Haydarpasa verlegt. Sie alle sind nach Angaben von Angehörigen dem Tode nahe. Eine Delegation von Rechtsanwälten und Angehörigen ist jetzt auf dem Weg nach Ankara, um die türkische Regierung zum Eingreifen gegen Folter und unmenschliche Haftbedingungen zu bewegen.

LKW-Fahrer gestorben

Stuttgart. — Der im Oktober letzten Jahres an der türkisch-bulgarischen Grenze verhaftete LKW-Fahrer Rudolf Rautenberg ist wenige Tage nach seinem Rücktransport in die Bundesrepublik gestorben. Der schwer kranke Mann war nur nach massiven Interventionen der Angehörigen und der Bundesrepublik den türkischen Gefängnissen entronnen. Aber zu spät — weitere LKW-Fahrer, die in der Türkei einsitzen, werden offensichtlich von der türkischen Regierung als Geiseln für in der Bundesrepublik lebende türkische Staatsangehörige gehalten. Man will mit den zweifelhaften Festnahmen bundesdeutscher Fernfahrer die Auslieferung von Asylsuchenden an die Türkei erzwingen.

38-Stunden-Woche in Holland

Im „Austausch" gegen die indexierte Teuerungszulage — die den niederländischen Metallarbeitern im Schnitt 2 Prozent Lohnerhöhung pro Halbjahr brachte — hat man sich jetzt auf ein Modell der Arbeitszeitverkürzung geeinigt. Nach einwöchigen Verhandlungen wurde beschlossen, allen 600000 Metallern in den Niederlanden jährlich 26 freie halbe Tage zuzugestehen. Rein rechnerisch ist das eine Wochenarbeitszeitverkürzung auf 38 Stunden. Aber die Betriebszeiten werden nicht reduziert, sie bleiben bei 40 Wochenstunden.



... deshalb:

Noch nie war es so wichtig, den Chef zu lieben.



PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

HANNOVER

Diskussionveranstaltung der KPD Hannover
„Arbeitslos aber nicht wehrlos"
(Mit Ernst Aust und Mitgliedern von Arbeitsloseninitiativen)
Freitag, 22. Juni, 19.30 Uhr
Gaststätte „Weiße Grotte", Fundstraße

HAMBURG

Schulungsabend der KPD
„Wo bleibt der Aufschwung?"
Donnerstag, 21.6., 19.30 Uhr
Thälmann-Buchladen, Margaretenstraße 58, 2000 HH 6

EINLADUNG — FRAUENKONFERENZ

Nach der ersten zentralen Frauenkonferenz finden noch regionale Konferenzen statt. Dazu sind alle Genossinnen, Frauen von Genossen und interessierte Frauen herzlich eingeladen. Hauptthema: „Probleme der Frauen in der KPD". Wir berichten aber auch über die Frauenkonferenz und diskutieren aktuelle Fragen.

NORD

NORD (Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen)
Samstag, 23.6.1984, 11.00 Uhr,
Gaststätte Sorbas, Jarrestr. 27
Hamburg (vom Hauptbahnhof U-Bahn Linie 3 bis Saarlandstraße)

Verschoben auf 30.6., 14.00 Uhr

MITTE

MITTE (NRW, Rheinland, Hessen)
Samstag, 30.6.1984, 11.00 Uhr,
Büro Dortmund, Wellinghofer Str. 103
Dortmund

SÜD

SÜD (Ba-Wü, Saarland, Pfalz, Bayern)
Samstag, 30. 6. 1984, 11.00 Uhr,

Termin 30.6.
Stuttgart, 11.00 Uhr, Bücherstube Ost, Hausmannstr. 107, 7000 Stuttgart 1

BERLIN

BERLIN Termin noch offen

Natürlich könnt ihr auch zu einem anderen Termin kommen, wenn ihr den für euren Bereich festgelegten nicht wahrnehmen könnt.

BREMEN:

Deutsch-Albanisches Freundschaftsfest
SONNABEND, 30. Juni
BÜRGERHAUS OSLEBSHAUSEN 15.30 - 18.30
AM NONNENBERG 40

DABG
Ortsgruppe Bremen



Gesehen ...

EINGANG FÜR STREIKBRECHER

... bei Opel in Rüsselsheim

…und ihre 8 Jahre in einer linksradikalen Gruppe – Schwamm drüber! Ihr Attentatsversuch auf einen US-Offizier – Na ja! Ihre Teilnahme an Kasernenblockaden – Ach





Es heißt:
die soziale Ungleichheit Sozialpartnerschaft
die Anstalt für Arbeitslosigkeit Arbeitsamt
die leere Lehrstellenversprechung Kanzler-Garantie
der Klassenkampf von oben Betriebsfrieden
die Aussperrung von Türkenkindern Familienzusammenführung
Der Abbau von Sozialleistungen Aufschwung
die Unternehmerwillkür vertrauensvolle Zusammenarbeit
die Steuerhinterziehung durch Konzerne Abschreibung
die ungemeldete Nebeneinkunft kleiner Leute Steuerhinterziehung
die Kapitalflucht Auslandsinvestition
der Profit von heute Arbeitsplatz von morgen
die Unternehmermehrheit im Vorstand Mitbestimmung
die Zwangsarbeitslosigkeit Freistellung
die Anstalt für Armut Sozialamt
die Abfindungskündigung Kündigungsschutz
die Benachteiligung der Frauen Gleichberechtigung
Es heißt, wir leben in einem Sozialstaat.
Mit Worten sind wir schon weit gekommen.
Reiner Taudien

Wetterbericht zur Wetterkarte

Meine Damen und Herren,
die von den Wendepolitikern heraufkommenden Sparbeschlüsse sind bis auf weiteres wetterbestimmend.

Auf dem Rücken der Arbeitnehmer zieht ein warmer Regen für die Unternehmer nach Deutschland.

— Zügiger Sozialabbau sind die Folgen.

Die Aussichten für morgen:
Profitrate + Arbeitslosigkeit steigt!.

Doch durch solidarische Kampfmaßnahmen für die 35-Stunden-Woche ist langfristig ein Zwischenhoch zu erwarten.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Fr. 17.30 bis 18.30 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Fr. 17 - 19 Uhr

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1**, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.